

**Bezugspreis:**  
Vierteljährlich 3,60 M., monatlich 1,20 M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Vierteljährlich 3,60 M., einjährig 7,20 M.,  
zweijährlich 12,00 M., einschließlich  
Lieferungsgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, das Saar- und  
Emslandgebiet, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Oesterreich,  
Ungarn und Luxemburg 2,40 M., für  
das übrige Ausland 3,60 M. Nach-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Siedlung und Reingarten“  
erscheint wochentäglich zweimal, Son-  
tags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die neungefaltete Anzeigenzeile  
kostet 6.- M. „Kleine Anzeigen“  
das fertige Wort 2.- M. (zu-  
läufig zwei fertige Wörter), jedes  
weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen  
und Schlafstellenanzeigen das rechte  
Wort 1.- M., jedes weitere Wort  
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Familien-  
anzeigen für Abonnenten Zeile 3,50 M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Zweckungsbeitrag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gehört  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54  
Dienstag, den 8. November 1921  
Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Deutschlands Rechtsverwahrung bleibt bestehen

Der Auswärtige Ausschuss des Reichsrates behandelte in seiner gestrigen Sitzung die oberirdische Frage. Im Verlauf der Aussprache gab der Reichskanzler Dr. Wirth folgende Erklärung ab:  
Auf die Note der Deutschen Regierung, in der sie gegen die Entscheidung über Oberschlesien als gegen eine Ungerechtfertigung und eine Verletzung des Friedensvertrages Verwahrung einlegt, hat die Völkervereinigung erwideret, daß sie den Protest der Deutschen Regierung als un begründet, null und nichtig ansehe; sie hat erklärt, von der Mitteilung nur die bedingungslose und vorbehaltlose Erklärung der Deutschen Regierung festhalten zu wollen, wonach sie sich allen Anordnungen der Entscheidung vom 20. Oktober mit den sich daraus ergebenden Folgen füge wird.  
Ich möchte demgegenüber feststellen, daß durch die Antwort der Völkervereinigung die Tatsache der Einlegung einer Rechtsverwahrung nicht aus der Welt geschafft wird. Unsere Rechtsverwahrung wird nicht dadurch beseitigt, daß sie zurückgewiesen wird, sie bleibt vor der Geschichte für alle Zeit bestehen.

### Die Reparationskommission in Berlin.

(Umst.) Die Deutsche Regierung hat von der Reparationskommission die Mitteilung erhalten, daß sich die Mitglieder der Reparationskommission nach Berlin begeben werden, um mit der Deutschen Regierung über die Durchführung der vom Garantienkomitee in Ansehung des Zahlungsplans gewünschten Maßnahmen und ihre Ergänzung eine Besprechung abzuhalten.

Pressemeldungen über eine Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages deuteten an, daß die Entente Einwendungen gegen eine Besserstellung der Sozialrentner erhoben habe. Bei der Reichsregierung sind jedoch von der Entente keine Vorstellungen dieser Art erhoben worden.

### Der Elfgemeindenaufbau.

Paris, 7. November. (W.T.B.) Heute nachmittag fand im Ministerium für die befreiten Gebiete eine Konferenz über den Wiederaufbau von 11 Gemeinden in der Kampfzone an der Somme durch deutsche Unternehmungen statt. Der Präsi der Sommedepartements überbrachte die einstimmige Zustimmung der Bürgermeister und der Vertreter der gemeinnützigen Gesellschaften von 11 Gemeinden.

### Polnische Ansiedlerenteignung.

Der deutsche Botschafter in Paris hat der Völkervereinigung eine Note überreicht, die ausführt:  
Das polnische Ansiedlungsamt in Posen hat am 19. Oktober etwa 1000 deutschstämmigen Ansiedlern in den von Deutschland abgetretenen Landesteilen amtlich mitgeteilt, daß der polnische Staat nach dem polnischen Gesetz vom 14. Juli 1920 als Eigentümer dieser Ansiedlungen eingetragene ist. Die Ansiedler haben bis zum 1. Dezember ihre Grundstücke zu räumen, widrigenfalls Expropriationsklagen angedroht wird.  
Diese Ansiedler sind größtenteils nach dem 11. November 1918 angesiedelt; zum Teil zwar schon früher, in vielen Fällen auch jahrelang früher, die aber bis zum 11. November 1918 die Auslassung nicht erhalten haben.  
Die Vorschrift des polnischen Gesetzes vom 14. Juli 1920, Artikel 2, daß Veräußerungen und Veränderungen an Grundstücken und dinglichen Rechten, die nach dem 11. November 1918 vom preussischen Fiskus zugunsten dritter Personen vorgenommen sind, ungültig seien,

entbehrt jeder Rechtsgrundlage, was näher dargelegt wird. Auch auf den Waffenstillstandsvertrag kann sich Polen nicht berufen, denn er bezweckt nicht, einer Veränderung, sondern einer Verminderung des deutschen Staatsgebietes vorzubeugen.  
Es wird die Aufmerksamkeit der Völkervereinigung auf die beispiellose Härte gelenkt, die darin liegt, tausend deutsche Familien zu zwingen, innerhalb sechs Wochen Haus und Hof zu verlassen.  
Die deutsche Regierung legt gegen dieses unerhört grausame, jeder Rechtsgrundlage entbehrende Vorgehen schärfsten Einspruch ein und bittet die Völkervereinigung dringend, bei der polnischen Regierung darauf hinzuwirken, daß sie von diesen Maßnahmen absteht.

Der wirkliche Mörder Datas in Rußland? Die Agentur „Intel“ meldet aus Moskau, daß die Sowjetpresse anlässlich der Verhaftung der spanischen Sozialisten Fort und Conception in Berlin erklärt, der wirkliche Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Datas sei ein spanischer Anarchist namens Roman Coronelias, der sich bereits seit Wochen in Rußland befinde, wo er das Moskauer genieße. Bekanntlich leugnen die beiden in Berlin Verhafteten, daß sie am Attentat schuldig seien.  
Die Labour Party gewann in London bei den Gemeinderatswahlen bisher 76 Mandate.

### Amnestie in Sowjetrußland.

Moskau, 7. November. (O.E.-Funkpruch.) Am 5. November hat das Allrussische Zentralkomitee eine Amnestie erlassen für sämtliche Soldaten der Armeen von Kollschak, Denikin, Wrangel, Sawinkoff, Petljura, Balachowitsch, Peremjtin und Judenitsch, da diese Soldaten durch ihre Heerführer irreführt worden seien; gleichzeitig ist der Beschluß gefaßt worden, ihre Repatriierung zu organisieren.

### Die russisch-polnische Spannung.

Der sowjetrussische Gesandte in Warschau, Karachan, ist in Berlin eingetroffen — angeblich zu Kurzwedern. Die Warschauer Presse bezweifelt, daß Karachan auf seinen Posten zurückkehren werde.  
Die Spannung zwischen Moskau und Warschau hat durch immer neue Zwischenfälle Nahrung erhalten. Ueber eine ernstere Sache unterrichtete folgender Moskauer Funkpruch: „Im Augenblick des endgültigen Abchlusses des russisch-polnischen Abkommens versucht die polnische Militärclique von neuem, den Friedensvertrag zu verlegen. Peltjura-Abteilungen sind plötzlich von polnischer Seite vorgerückt, über die ukrainische Grenze vorgedrungen und haben Husjatyn besetzt. Bei Kameneh-Podolsk finden Kämpfe statt. Die Peltjura-Truppen versuchen, sich in den Besitz der Eisenbahnlinien zu setzen, um den Vormarsch auf Kiew zu beginnen. Aus Polen folgen den vorrückenden Peltjura-Abteilungen neue Formationen, die in polnischen Zügen befördert werden.“  
Inzwischen sind die Peltjura-Deute von Sowjettruppen zurückgeschlagen worden; Prager Blätter melden die Ermordung aller „Bolschewisten“ in dem besetzten Gebiet.  
Die Sowjetregierung hat die erste Rate der im neuen polnisch-russischen Abkommen festgesetzten Lieferungen an Juwelen und Wertgegenständen der polnischen Delegation ausgehändigt, Polen verweigert aber, nach der „Wost. Itz.“, die Quittung, bevor diese Schätze in Warschau eingetroffen sind, zumal es lange nicht die volle Rate sei.  
Polen hat eine neue scharfe Note wegen Nichterfüllung nach Moskau gefandt. Sollten Polens Oberherren wirklich neuen Krieg gegen Rußland planen? Horthhilfe steht ja ungeschwächt bereit!

### Tschechisch-polnischer Vertragschluß.

Benesch und Stirmunt haben in Prag einen Staatsvertrag unterzeichnet, der nach einem aus Prag eingehenden Bericht beide Staaten zur Neutralität verpflichten soll, für den Fall, daß einer von ihnen von Nachbarn angegriffen werden sollte.  
Prag, 7. November. (Tsch. Pressebureau.) Bei einem vom Ministerpräsidenten Dr. Benesch zu Ehren des polnischen Ministers des Auswärtigen Stirmunt gegebenen Diner erklärte Ministerpräsident Dr. Benesch: Nach Abschluß des Handelsvertrages habe ich ein positives Abkommen unterzeichnet, das uns eine gemeinsame Linie für unsere künftige Politik verleiht, die unsere beiden Länder definitiv einander näherbringt und Bürgschaften dafür gibt, daß es zwischen uns keine Konflikte mehr geben wird und daß alle Schwierigkeiten in Zukunft im Sinne aufrichtiger Freundschaft und Zusammenarbeit gelöst werden. Unser Abkommen ist ein Werk des Friedens. Es ist gegen niemand gerichtet. Es soll unserer Selbstständigkeit und Freiheit dienen. Es soll auch den Beweis unserer Freundschaft und unserer aufrichtigen Zusammenarbeit mit unseren Freunden und Verbündeten am Werke der Durchführung der Friedensverträge geben. Der polnische Minister Stirmunt äußerte sich im gleichen Sinne.

### Deutsche Spende für die hungernden Russen.

Die deutsche Vertretung in Moskau hat anlässlich der sogenannten „Hungerwoche“, während welcher Sammlungen bei sämtlichen Behörden Moskaus zugunsten der hungernden Bevölkerung veranstaltet wurden, dem Allrussischen Zentralkomitee 25 000 M. für die Hungernden überwiesen.  
Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten hat der deutschen Regierung seinen tiefen Dank für die Spende zum Ausdruck gebracht.

### Streik in Saarbrücken.

Saarbrücken, 7. November. (W.T.B.) Außer den Straßenbahnern, die seit gestern im Streik stehen, um die dem Stadtverordnetenbeschuß gemäß Gehaltssteigerung zu erreichen, sind heute auch andere städtische Angestellte und Arbeiter in den Zustand getreten, so die städtische Müllabfuhr und die städtischen Betriebswerke. Notstandsarbeiten werden verrichtet, doch findet zwischen 5 Uhr abends und 5 Uhr morgens keine Belieferung mit Gas und Elektrizität statt, die Stadt liegt in völliger Dunkel, die meisten Geschäfte haben geschlossen.  
Abgelehnt wurde die Debatteöffnung im Prager Parlament nach der von uns berichteten letzten polnischen Rede Benesch' gegen alle deutschen und kommunistischen Stimmen.

## Das preussische Experiment.

Die Art, wie die „große“ Koalition in Preußen zustande kam, noch mehr ihre Aufnahme in der Presse bietet das Bild einer höchst unklaren, verworrenen Lage. Nachdem die bürgerlichen Parteien der alten Koalition die neue „große“ durch ihre Hartnäckigkeit geradezu erzwungen haben, sind sie selber einer gewissen Katerstimmung verfallen, die sich in ihren Zeitungen deutlich genug ausdrückt. Die „Germania“ kam in dem Kabinett der „großen“ Koalition keineswegs eine „Idealgestalt“ erblickten, und das „Berliner Tageblatt“ verweist darauf, daß die beiden in das Kabinett aufgenommenen Volksparteiler recht gerichtet Politiker sind. Wie die Stimmung in der Volkspartei ist, geht aus der Abstimmung vom 5. November deutlich genug hervor. Eine genauere Berechnung zeigt, daß mindestens 37 der weißen Stimmzettel von Mitgliedern der Koalitionsparteien abgegeben sein müssen. Vielleicht sind auch einige Zentrumsleute dabei gewesen, das das Gros der weißen Protestzettel von den Volksparteilern stammt, ist unbestreitbar.  
Während die Sozialdemokratische Partei selbst an das Experiment, zu dem sie von den bürgerlichen Parteien der alten Koalition gedrängt worden ist, nur mit starken Bedenken herangeht, findet die Reichspresse, daß die Lösung der preussischen Regierungskrise einen vollständigen Sieg der Sozialdemokratie bedeute. So schreibt die „Kreuzzeitung“:

Wir können jedenfalls in diesem neuen Kabinett nicht eine „Regierung der Mitte“, sondern nur eine ausgesprochene Linkeregierung erblicken. Die Sozialdemokratie überwiegt so stark, daß die beiden Volksparteiler und der eine Demokrat nur als Anhängel wirken können. Auch das Zentrum ist im Verhältnis zur Parteilstärke zu schwach vertreten, während die Sozialdemokratie den Ministerpräsidenten, den wichtigsten Posten des Ministers des Innern und auch noch das Handelsministerium auf sich vereint. Die Sozialdemokratie hat sich also durchgesetzt. Wenig erfreulich war auch das Bild, das das Verhalten der Deutschen Volkspartei bot. Sie kam tapfer über das „Einerleits“, „Andererseits“ nicht hinweg und erlebte schließlich einen Umfall nach dem anderen. Immerhin ist es uns nicht verständlich, wie die Deutsche Volkspartei in eine Koalition hineingehen konnte, der so offensichtlich der sozialistische Stempel aufgedrückt worden ist.

### Rehlich äußert sich die „Deutsche Tageszeitung“:

Dem neuen preussischen Kabinett gibt der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun nicht nur die Spitze, sondern zugleich die entscheidende Prägung. Das preussische Ministerpräsidium ist schon rein sachlich von bestimmender Bedeutung für das Kabinett. Nach der Verfassung bestimmt der Ministerpräsident die Richtlinien der Regierungspolitik, für die er allein auch dem Landtage verantwortlich ist. Zugleich leitet er als Vorsitzender die Geschäfte des Staatsministeriums. . . Daß Herr Otto Braun ein Mann von rückwärtsloser, ja auch krupelloser Energie ist, hat er als Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister ja genügend gezeigt. Für die Durchsetzung seiner Auffassung findet Herr Braun aber auch in der Gesamtstruktur des Ministeriums die günstigsten Bedingungen. Neben ihm sitzen zwei Sozialdemokraten und Herr Dr. Wendorf im Kabinett, der nach seiner ganzen Vergangenheit im Zweifelsfall wohl ohne weiteres an der Seite seiner sozialdemokratischen Ministerkollegen stehen dürfte. Die sozialdemokratische demokratische Hälfte des neuen preussischen Ministeriums ist also von vornherein gegenüber den vier Ministern, die von der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum gestellt werden, im Vorteil.

### Das reaktionäre Blatt tadelt dann gleichfalls das Verhalten der Volkspartei als schwächlich und schlägt:

Auch abgesehen davon aber ist aus der beabsichtigten Koalition der Mitte eine Linkeregierung geworden, der wiederum, wie unter der alten Koalition, die Sozialdemokratie den entscheidenden Stempel gibt. Der 5. November 1921 war ein schwarzer Tag für den preussischen Staat und das preussische Volk.  
Ueberraschend ist hier die Uebereinstimmung mit der „Freiheit“ und anderen linksgerichteten Organen, für die der 5. November auch „ein schwarzer Tag“ ist, freilich aus geradezu entgegengesetzten Gründen. Angesichts so verschiedener Beurteilungen von rechts und links wird das beste sein, beobachtend abzuwarten, was aus der Geschichte wird. Doch wird sich die Sozialdemokratie auf solches Abwarten allein nicht beschränken können; sie wird vielmehr jetzt, da die „große“ Koalition in Preußen nun einmal eine vollendete Tatsache ist, ihre ganze Energie darauf konzentrieren müssen, daß ihre Ziele und die Interessen der Arbeiter bei dem Handel nicht zu kurz kommen. Jedenfalls haben die Erfahrungen in Preußen gezeigt, daß es viel leichter ist, aus einer Regierung heraus, als wieder hineinzukommen, falls sich also eines Tages das Bedürfnis ergeben sollte, das Experiment

# Feiert den 9. November!

als nutzlos aufzugeben, so wird es sich unschwer befreiben lassen.

Von unabhängiger Seite ist der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags der Vorwurf gemacht worden, daß ihre Taktik das Kabinett Wirth gefährde. Hier waltet der alte Irrtum, als ob Wirth ein Gegner der großen Koalition wäre, und als ob die große Koalition nichts anderes bedeute als eine Intrige gegen Wirth. Tatsächlich aber tritt Wirth für die große Koalition ein, und gerade seine nach dieser Richtung erhobenen Vorstellungen sind auf die Sozialdemokratische Partei nicht ohne Eindruck geblieben. Und die Stellung der gegenwärtigen Regierung im Reich wird in Preußen durch ein Kabinett Braun besser gestützt als durch ein Kabinett Stegerwald-Dominicus. Gerade die Erkenntnis, daß die entschieden antimonarchistische Politik der Reichsregierung nach der Ermordung Erzbergers in Preußen auf zähen Widerstand stieß, hat die Regierungsfrage in Preußen wieder ins Rollen gebracht und nach mancherlei Auf und Ab zu der gegenwärtigen Lösung geführt.

Die Sozialdemokratische Partei hat nach der letzten Reichskrise nicht deshalb einen schweren und erfolgreichen Kampf für die Wiederherstellung des Kabinetts Wirth geführt, um dieses jetzt den parteitaktischen Spekulationen rechtsgerichteter bürgerlicher Koalitionspolitiker zu opfern. Sie hat ihre bisherige Taktik sorgfältig darauf geprüft, welche Wirkung sie auf den Bestand der gegenwärtigen Reichsregierung und auf die Fortführung ihrer bisherigen Politik ausübt, sie wird diese Prüfung bei jeder etwa neu entstehenden Situation wiederholen. Eine große Koalition gegen Wirth, eine Verbreiterung der Regierungsbasis, die ein Umbiegen der bisherigen Regierungspolitik im Reich nach rechts zur Folge hat, scheidet für sie von vornherein aus dem Kreis ihrer Erwägungen aus.

Die Frage, ob die Deutsche Volkspartei für eine Koalition im Reich in Betracht kommt, läuft danach für uns auf die Frage hinaus, ob die Deutsche Volkspartei bereit ist, die bisherige Regierungspolitik unter der bisherigen Führung zu unterstützen. Diese Frage geht zur Entscheidung zu bringen, liegt nach den Erfolgen, die man bei der letzten Reichskrise gemacht hat, kein Anlaß vor. Man soll vielmehr ruhig abwarten, wie sich die Dinge in Preußen weiter entwickeln und wie sich die Deutsche Volkspartei zu den Steuerfragen stellt und überhaupt zu dem Versuch, einen Teil der bestehenden Klassen zum Verständnis der bisherigen Reichspolitik und zu ihrer Unterstützung heranzuziehen. Die Tatsache, daß die Aktion zur Hintertreibung der Kredithilfe unter der Führung nicht nur von Deutschnationalen, sondern auch von Volksparteilern steht, wirkt wenig ermutigend.

Der erweiterte Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins hat gestern unter Hinzuziehung der Berliner Landtagsabgeordneten einen Beschluß gefaßt, der das Verständnis der verwickelten politischen Verhältnisse wesentlich erleichtert. Die Sozialdemokratie befindet sich in keiner bequemen Lage, sie kämpft hart um die Erhaltung ihres Einflusses im Reich und Staat. Die Massen des arbeitenden Volkes sollen sich durch kein Verwirrungsgeschrei davon abhalten lassen, ihr zu Hilfe zu kommen. Ueber Fragen der Taktik hat es immer in der Partei verschiedene Meinungen gegeben, und wer recht hatte, konnte nur durch den Erfolg entschieden werden. Steis aber hat bis zu dem Tag, an dem die unglückliche Zerspaltung einsetzte, der leitende Grundsatß gegolten, die Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung unter tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten nicht leiden zu lassen. So muß es auch jetzt und in Zukunft wieder sein!

Die gestrige außerordentliche Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes, an der auch die Groß-Berliner Landtagsabgeordneten teilnahmen, beschäftigte sich mit der Regierungsumbildung in Preußen.

Bevor in die Diskussion eingetreten wurde, gab Genosse Bartels einen zusammenhängenden Bericht über die Verhandlungen, die während der Neubildung der preußischen Regierung

geführt worden sind. Genosse Hirsch ergänzte ihn. Es sprachen dann Bendiner, Lüdemann und Kuttner. Kuttner betonte, daß er gar nicht daran denke, unseren Genossen auf schwierigerem Posten in der Regierung durch Opposition Knüttel zwischen die Beine zu werfen.

Bernhard Krüger sprach scharf gegen den Görtlinger Beschluß und die neue preußische Koalition. Er unterstrich aber, daß er dennoch seine Kraft für die Stärke und die Einheit der Partei einsetzen werde, schon deswegen, weil sie gerade jetzt besonders nötig sei.

Nach Bernhard Krüger sprachen in längerer Debatte noch etwa 20 Redner. Es wurde gegen 4 Stimmen beschlossen, nächste Woche allgemeine Mitgliederversammlungen stattfinden zu lassen, in der über die große Koalition in Preußen eine Aussprache erfolgen soll.

Es wurde die folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Bezirksvorstand ist der Ansicht, daß mit Rücksicht auf das Verhalten der Deutschen Volkspartei im Reich die Bildung einer Regierungskoalition mit ihr in Preußen die schwersten politischen Bedenken erregen muß. Diese Bedenken werden noch verstärkt durch die Befehung des Kultusministeriums mit dem Volksparteiler Boellh, der sich durch sein früheres öffentliches Auftreten als wenig geeignet zur Führung einer republikanisch-demokratischen Politik erwiesen hat. Der Bezirksvorstand würdigt jedoch auch die Gründe, die die Mehrheit der Fraktion veranlassen, dieser Koalition zuzustimmen. Es ist zur Sicherung der Republik und der demokratischen Volksrechte unbedingt erforderlich, die preußische Verwaltung so schnell wie möglich einer Regierung zu unterstellen, die unter starkem, sozialdemokratischem Einfluß steht. Voraussetzung hierfür ist, daß die Mindestforderungen des Görtlinger Beschlusses über die Koalitionspolitik der Partei, soweit sie auf Preußen zu treffen, in die Richtlinien des Programms der neuen Regierung aufgenommen und sofort an ihre Durchführung gegangen wird. Der Bezirksvorstand fordert die Parteigenossen daher auf, ihre schweren Bedenken zurückzustellen und einmütig die Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in der Durchführung dieser Politik zu unterstützen.

Von den nächsten Taten der Regierung wird es abhängen, ob die neue Koalition von Dauer sein wird.

### Zur Steuerdebatte.

In der gestrigen Steuerdebatte hat Genosse Adolf Braun die Notwendigkeit einer scharfen Erfassung des Besitzes durch die Besteuerung der Sachwerte eindringlich dargelegt. Die Zwischenrufe und die Erwiderung des Deutschnationalen Helfferich waren keine Widerlegung der Tatsachen. Sie gingen an der bitteren Not des deutschen Volkes, die durch die fürchtbare Entwertung der Mark herbeigeführt ist, achtlos vorbei. Genosse Robert Schmidt antwortete für die Regierung. Warum fand er keine Möglichkeit, die von uns dringend geforderte Erfassung der Sachwerte anzufordern? Darf man daraus schließen, daß im Kabinett die Gegenätze durchaus noch nicht überwunden sind?

Aber das deutsche Volk vertritt es nicht mehr, daß noch lange gewartet wird. Der Dollar stieg gestern über 300. Wir stehen in einer ähnlichen Währungs-katastrophe, wie sie Deutschösterreich durchgemacht hat. Da ist es wenigstens erfreulich, daß die Reichsregierung durch Genossen Robert Schmidt eine Kontrolle des Devisenhandels anfündigen konnte, die den Devisenfliehern, den Fledderern an der Not des Volkes, das Handwerk zu legen bestimmt ist. Man darf sich aber keiner Täuschung darüber hingeben, daß mit einer verschärften Besteuerung und mit einer Kontrolle des Devisenhandels noch keineswegs eine Erfassung der nach Deutschland hereinkommenden fremden Zahlungsmittel erreicht ist. Hier bedarf es eben einer Sachwertbesteuerung, die, sei es in fremden oder in deutschen Zahlungsmitteln, dem Reiche den Anteil an der Produktion gewährt, dessen es zur Hebung der Finanzkrise und vor allem zu einer positiven Wiedergutmachungspolitik

braucht. Die Reden der Annektionisten schlugen uns nicht davorn, daß die Entente weiter ihre Forderungen geltend macht. Wir müssen unsere Zahlungsunfähigkeit dadurch beweisen, daß wir zeigen, wie der Wille zur Erfüllung an harten ökonomischen Notwendigkeiten scheitert. Dazu müssen wir aber die Grenze erreichen, wo unsere Zahlungsfähigkeit verlagert, und Helfferich, der große Mann der Deutschen Bank, wird doch ernsthaft nicht behaupten wollen, daß die Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes erschöpft ist, ehe es noch begonnen hat, die letzten Steuermittel in Anspruch zu nehmen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sein Kreditangebot derart abgeschwächt, daß es nach den letzten Beschlüssen jedenfalls nicht mehr ernst genommen werden kann. Noch in München sprach man von einer Kredithilfe. In Berlin aber war es nur ein kleiner Puff, der an Darlehensschwund erinnert. Dafür, daß der Reichsverband für kurze Zeit Zinsen und Amortisation einer Anleihe vorstrecken will, verlangt er nicht nur eine Lockerung der wenigen gemeinwirtschaftlichen Bindungen, sondern sogar eine weit über sein verfassungsmäßiges Recht hinausgehende Mitbestimmung in finanziellen Fragen, die einer Nebenregierung gleichkommt. Da muß man sich doch fragen: Sind diese Beschlüsse nicht am Ende zu dem Zweck gefaßt, um abgelenkt zu werden? Will Sümmes nicht die Regierung zwingen, freiwillig auf die Kredithilfe zu verzichten, um sich eine gute Wahlparole und einen günstigen Vorwand zu seiner Anbiederung an Frankreich zu verschaffen? Wie dem auch sei: die Regierung darf nicht ohne weiteres sich einer solchen Deutung aussetzen. Sie muß es zu Verhandlungen kommen lassen. Und diese Verhandlungen müssen, wenn keiner anderen, so doch den Zweck erreichen, daß die Industrie einmal ausspricht, was sie will und daß sie die Verantwortung für den Verlust des Ruhrgebiets übernimmt, ohne Rücksicht darauf, daß etwa ein Generalsstreik der Arbeiterschaft vielleicht den Karren noch aus dem Dreck ziehen kann.

Aber die Regierung hat auch die Pflicht, ihr Finanzprogramm endlich so zu ergänzen, daß die Wiedergutmachungskosten wenigstens zu einem Teil aufgebracht werden können. Eine Erfassung der Sachwerte ist dazu unerlässlich. Da sie sich mit den gegenwärtigen Steuermitteln zunächst mehr auf die Körperschaften erstrecken kann, ist es erforderlich, daß die Landwirtschaft mit einer Reichsgrundsteuer erhöht zur Deckung des Reichshaushalts herangezogen wird. Ferner muß das Reichsnoteopfer endlich einmal eingetrieben und dabei die Begünstigung des Betriebskapitals, das nur zu 80 Proz. veranlagt wurde, sich aber inzwischen bedeutend vermehrt hat, beseitigt werden. Und schließlich muß eine Veranlagungsform für die Besitzsteuern durchgeführt werden, die das Reich schnell und sicher in den Besitz der ihm geschuldeten Beträge setzt. Die Regierung hat die Pflicht, diese Vorlagen herauszubringen, ungeachtet dessen, daß ihr vielleicht die Arbeit durch ein späteres Entgegenkommen der Industrie erleichtert wird. Jedenfalls ist es unhaltbar, daß man zuwartet, während die Kaufkraft des deutschen Volkes vernichtet wird.

### Stegerwalds Absage.

In einigermaßen rellamelosier Aufmachung veröffentlicht der bisherige preußische Ministerpräsident Stegerwald durch WZB. einen von ihm für den „Deutschen“ geschriebenen Artikel, in dem er auf das breitetste auseinandersetzt, weshalb er es abgelehnt habe, dem künftigen preußischen Kabinett als Wohlfahrtsminister anzugehen. Stegerwald gibt einen langen historischen Rückblick über die Ereignisse in Preußen seit dem Kapp-Putsch und kann auch diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, scharfe Angriffe gegen das parlamentarische System zu richten. Charakteristisch für seine Anschauungen ist der Vorwurf, daß der Rückgang der Mark — auf die Politik des Kabinetts Wirth zurückzuführen sei! Stegerwald beabsichtigt, künftig wieder neben seinen parlamentarischen Arbeiten in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein.

### Erstaunte Leute.

Von Ernst Preerjanz.

Der Dukaten.

Ein Dukaten lag in der Waffe, in einem eklektischen Haufen von Rot, Schmutz und Blut.

Viele Menschen gingen vorüber, und einige erblickten das Goldstück. Sie blieben überrascht stehen, sahen verwundert und begehrlich auf die glänzende Münze und wendeten sich ab. Da kam ein armer, abgerissener Landstreicher daher, dem die Ellbogen aus der Jacke und die Zähne aus den Stiefeln guckten, verharrte einen Augenblick in Erstaunen und begann, mit seinem Wanderstock in dem Haufen herumzustochern. Er bemühte sich eine ganze Weile, das Goldstück aus seiner Umgebung zu befreien, aber es haßte so fest in dem Schmutz, daß es der Spitze des Stodes stets wieder entglitt. Der Landstreicher sah das Bergelübige seiner Bemühungen ein, bückte sich, streckte die Hand aus, fuhr entsetzt zurück und schüttelte sich.

Inzwischen hatten sich mehrere Zuschauer angeammelt. Darunter befand sich ein feiner Herr in Pelz und Zylinder. Er war groß und stark gebaut, rauchte eine dicke Zigarre und lachte über den Landstreicher. Dann bückte er sich, griff in den Schmutz, holte den Dukaten heraus und ging davon.

„Vui Teufel!“ schrie einer.

„Was wollen Sie?“ Der elegante Herr sah sich erstaunt um.

„Ich habe Handschuhe an.“

Höflichkeit.

Ein Arbeiter hatte seinem Fabrikherrn eine Mitteilung zu machen, die diesem nicht angenehm war, die er aber nicht abweisen konnte. Um seinem Mißvergnügen Ausdruck zu geben, stellte er sich ans Fenster und blickte hinaus. Nach einigen Worten unterbrach der Arbeiter seine Mitteilung und sagte: „Ich wollte mich eigentlich nicht mit Ihrem Rücken unterhalten.“ Der Fabrikherr tat, als habe er die Bemerkung nicht gehört und malte Figuren an die Scheiben. Der Arbeiter wartete einen Augenblick und sprach dann ruhig: „Wenn Sie mich nicht anständig behandeln, verlasse ich Ihr Kontor.“ Da kehrte ihm der andere sein Gesicht zu und sagte empört und verwundert: „Aber, Mann, ich habe doch noch kein Wort gesagt!“

Ein Undankbarer.

Frau Kommerzienrat Heiter hatte ein Abendbrot gegeben, und da sie ebenso sparsam wie human veranlagt war, dauerten sie einige der übriggebliebenen Reste. Sie nahm also am andern Morgen eine irbene Schüssel und arrangierte darin mit Liebe und Kunstsinne ein paar zerbrochene Krebse, verschiedene Wurstspitze, angeknabberte Früchte und den Rest des italienischen Salats zu einem hübschen, bunten Bilde. Es war so hübsch, daß sie selbst gerührt darüber lächeln und sich ein wenig in die Brust werfen mußte, als sie sagte:

„Da, Auguste. Bringen Sie das dem Portier. Seine armen Kinder machen immer so hungrige Augen; es tut einem in der Seele weh.“ Drei Minuten später war Auguste wieder da, hielt die Schüssel mit gestreckten Armen von sich und jappete: „Er hat — er hat — „Um Gotteswillen, was hat er, Auguste?“ „Er hat hineingespuckt, gnädige Frau!“ Da rollte Frau Meier entsetzt die Augen; sie war ehlich erstaunt.

„Göh“ im Großen Schauspielhaus. Es war eine Aufführung mit vielen optischen und akustischen Neuheiten und Unmöglichkeiten. Wiederum die Umarbeitung des Niefenhauses, das jede bessere Wirkung hemmt. Eugen Klöpfer als Göh gar nicht heldenhaft, eher ein Biederermann und Aufwiegler aus dem Volke. Die übrigen Künstler versagten fast vollständig. Ueber die Gründe dieser Niederlage ist morgen noch zu reden.

Bajoni über die Zukunft der Oper. Ferruccio Bujoni, der große Musiker, der über Musikmöglichkeiten nachzudenken pflegt, beschäftigte sich in der neuen, unter dem Titel „Foukt“ bei Julius Bard erscheinenden „Rundschau“ mit der Oper. Er schreibt da: „Es sollte vor allem die Oper nicht mit dem gesprochenen Drama identifiziert werden. Vielmehr es sollten die beiden voneinander unterschieden sein als ein Mann und Weib. Es handelt sich bei der Oper um das musikalische Gesamtkunstwerk (im Gegensatz zum Bagreuther „Gesamtkunstwerk“). Als oberste Bedingung erscheint mir die Wahl des Textes. Während es für das Drama fast grenzenlose Möglichkeiten des Stoffes gibt, zeigt sich bei der Oper, daß nur solche „Sujets“ ihr angemessen sind, die ohne Musik nicht bestehen, noch zum vollen Ausdruck gelangen könnten. Dadurch wird die Wahl des Opernstoffes wie ich ihn mir für die schönere Zukunft der musikalischen Bühne denke, eng begrenzt. Um unser Ziel zu erreichen ist es geboten, daß das Publikum erzogen werde und sich erziehen lasse. Es müßte vorderhand von dem Begriff und den Bedingungen des gesprochenen Dramas, als von den Dingen, die der Oper widersprechen, sich freimachen, nicht minder von der Vorstellung eines wohlfeilen Amüsements, und ebenso von der Forderung und Erwartung einer dargestellten sensationellen Begebenheit. Daß die sensuelle oder „sexuelle“ Musik (welche in einer Art Herzmachtigkeit im Klangausdruck besteht) hier nicht am Platze ist, geht aus dem Wesen dieser Kunst, das rein abstrakt ist, eigentlich von selbst hervor. Doch muß heute darauf, als auf etwas Widerwärtiges und Unwürdiges, leider noch besonders hingewiesen werden. Außeräumt werden müßte mit aller herkömmlichen Theateroutine; abgesehen werden von wirtschaftlichen Interessen, wie auch von gesellschaftlichen Konventionen. An das alte Repertorium wieder anzuknüpfen, sollte die Oper zu einer unauflösbaren, halbrechtigen, erhebenden, dabei anregenden und unterhaltenden Zeremonie sich gestalten.“

Ich erinnere mich nur eines einzigen dem Ideale nächstkommenen Beispiels, das ich nennen könnte: es ist die Zaubersite. Diese vereint in sich das Erzieherische, Spektakelhafte, Weibliche und Unterhaltliche, zu welchem allem noch eine beständige Musik hinzukommt oder vielmehr darüber schwebt und es zusammenfaßt. Die Zaubersite ist nach meinem Empfinden die Oper „schlechtester“ und es ist zu bewundern, daß sie, in Deutschland zumal, nicht als Wegweiser für die Oper überhaupt aufgepfanzt ist!

Die Preisbewegung des letzten Jahrhunderts. Wir können gegenwärtig unter einer Leuerung, von der wir glauben, daß die Welt sie noch nicht gesehen habe. Aber wenn wir den Blick von unserer trüben Gegenwart zurück in die Vergangenheit wenden, finden wir, daß die Preisbewegungen nach wirtschaftsgeschichtlichen Gesetzen sich in einem Kreislauf auf und ab der Leuerung und der Blütheit bewegen. Diese Erkenntnis gibt uns immerhin einen schwachen Trost, denn sie läßt uns hoffen, daß wir auch wieder einmal — wenn wir es erleben — bessere Zeiten bekommen werden. Einen knappen Ueberblick über die Entwicklung der Preisbewegungen seit der französischen Revolution gibt Kuno Waltemath in der „Deutschen Politik“.

Die große Revolution leitete eine Periode lang andauernder Leuerung ein, die durch die napoleonischen Kriege noch verstärkt wurde. Während man in den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts infolge von guten Ernten außerordentlich billig gelebt hatte, kamen von 1788 ab für Europa „magere Jahre“, die bis zum Jahre 1915 immer magerer wurden. Dann machte sich ein allmählicher Wobou der Preise bemerkbar, der in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts zu einem immer rasenderen Fallen der Preise führte. Infolge einer Anzahl vorzüglicher Ernten war das Getreide sehr wohlfeil, und die Preisbildung für die übrigen Waren folgte nach. Bis in die 40er Jahre dauerte diese Zeit an. Dann aber ließen unglückliche Ernten und das Wachstum der Bevölkerung die Kornpreise wieder ansteigen. Die Ausschließung neuer Gebiete für den Ackerbau, die Steigerung der Getreideproduktion in Rußland hatte die Preise so niedrig gemacht wie nie zuvor; nun hoben sie sich wieder, und in den Jahren 1846 und 1847 waren infolge schlechter Ernten die Getreidepreise so hoch, daß die allgemeine Unzufriedenheit mit zu der Revolution von 1848 beitrug.

In den 50er Jahren wuchsen fast alle Werte, Rohstoffe, Lebensmittel, Kohlen, Löhne stiegen, alles wurde teurer. Diese Leuerung wurde in den 60er Jahren noch durch den amerikanischen Bürgerkrieg, durch die unglücklichen Erträge der europäischen Hecker, durch die zunehmende Wohlhabenheit, mit der eine größere Nachfrage nach allen Waren verbunden war, vergrößert. In den Jahren 1872 und 1873 hatten die Preise den obersten Stand seit 1816 erreicht. Von da an ebhte die Leuerungswelle wieder ab, erst langsam, denn schneller. In den 80er Jahren herrschte bei den Produzenten allgemeines Klageneschrei über die niedrigen Preise. Die gewaltigen Fortschritte der Technik und der Verkehrsmittel, die dadurch hervorgerufene Ausschließung neuer Produktionsgebiete drückten die Preise immer tiefer. Diese Bewegung ließ erst in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts nach, und nun setzte eine Gegenströmung ein, hervorgerufen durch einen Rückgang im Wachstum der Weltrenten, durch die immer größere Nachfrage nach Waren und Lebensmitteln, die mit den gestiegenen Lebensansprüchen parallel ging, durch die Lohn erhöhungen usw. Das Leben wurde immer teurer, und in dieser Entwicklung gingen wir in den Weltkrieg hinein. Seit dem Eintreten des Friedens ist infolge der guten Ernten der amerikanische Getreidepreis, der den Weltmarkt bestimmt, wieder heruntergegangen und steht nicht allzu hoch über dem Friedenspreis von 1914. Aber für uns bedeutet dies Sinken des Weltmarktpreises keine Erleichterung, solange der amerikanische Dollar ihn bestimmt. Nur wenn Rußland wieder

## Die Befoldung im Reichsrat angenommen.

Die Reichsrats-Ausschüsse haben den Entwurf un- verändert angenommen, freilich unter der Voraussetzung, daß Sicherheit dafür besteht, daß auch im Reichstag dasselbe geschieht, und daß weiterhin die Reichsregierung sich bereit erklärt, in gewissem Umfange die Mehrkosten, die den Ländern durch die Neu- regung der Befoldung erwachsen, und soweit erforderlich, auch den Gemeinden zur Verfügung stellen.

Das Gesetz tritt rückwirkend ab 1. Oktober in Kraft. Thüringen, Hamburg und Lippe forderten Verbesserungen. Die Vorlage wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Für die möglichst um- gehende Auszahlung der erhöhten Bezüge an die Beamten ist Sorge getragen, sobald der Reichstag die Vorlage verabschiedet hat.

Der Reichsrat stimmte dem aus der Initiative des Reichstags hervorgegangenen Gesetzentwurf zu, wonach die Regierung ermächtigt wird, die Umsatsteuer für gewisse Börsengeschäfte sofort zu erhöhen. Wie der Berichterstatter mitteilte, hat die Regierung am Montag vormittag bei Verhandlungen mit den Börsen- interessen erklärt, daß sie nicht beabsichtigt, die Stempel- sätze bis zur vollen Höhe des Initiativtrages des Reichstags zu erhöhen. Für Aktien, Rente und sonstige Dividendenwerte solle es vielmehr bei den Sätzen bleiben, die im Kapitalverkehrssteuer- gesetz vorgeschrieben sind. Bei ausländischem Geld gehe die Abgabe dahin, 14 vom Tausend bei Händlengeschäften und 3 vom Tausend bei Kundengeschäften zu betragen.

Berlin, 7. November. Von der Zeitung des Deutschen Beamten- bundes wird uns mitgeteilt: Der Vorstand des Deutschen Beamten- bundes hat nach eingehender Erörterung der durch den sprunghaft- en Niedergang des Marktkurses geschaffenen unhaltbaren Lage der Beamtenwirtschaft unter Zustimmung der Vertreter der deutschen Beamtenbund angeschlossenen Gewerkschaften die sofortige Weiter- führung der Befoldungsaktion unter folgenden Gesichtspunkten be- schlossen: Der Regierung sind sofort — unbeschadet des Abschlusses der gegenwärtigen Vorlage — folgende Forderungen vorzulegen, die sich nach der inzwischen eingetretenen Veränderung der Verhält- nisse und nach der Annahme der Gesetzesvorlage in der Beamten- schaft nötig machen: 1. Die für Oktober/Dezember zu zahlenden Nachzahlungen auf Grund der neuen Befoldungsordnung sind, soweit sie hinter dem Betrage von 2000 M. für den Beamten und 500 M. für jeden weiteren von den Beamten zu unterhaltenden Angehörigen zurückbleiben, in unmittelbarem Anschluß an die Nachzahlung auf diese Beträge auszufüllen.

2. Hebung des Einkommens der unteren und mittleren Be- amtengruppen auf eine die Bestreitung der Lebensnotwendigkeiten sichernde Höhe. Bei der daher sofort in Angriff zu nehmenden Revision der Grundgehaltssätze ist unter anderem auf Planmäßigkeit des Verhältnisses der Gehaltssätze der einzelnen Befoldungs- gruppen zu einander hinzuwirken.

3. Sofortige Schaffung von Einrichtungen, durch die unter Beteiligung der Beamtenorganisationen die kurzfristige automa- tische Anpassung der Bezüge an die fortschreitende Geldentwer- tung und Teuerung erfolgen muß.

## Unverständene Invalidennot.

Im Sozialausschuß des Reichstages wurden am Montag die Notstandsmassnahmen zur Unterstützung von Empfängern von Rente aus der Invalidenversicherung weiterberaten.

Abg. Hoch (Soz.) sprach sich über das Prinzip der Not- standsmassnahmen aus. Ueber die Höhe der Beträge will er sich seine Stellung noch vorbehalten. In der Debatte sprach er von dem Standpunkt, daß die Kosten der Erhöhung vom Reich getragen werden sollen. — Abg. Erlenz (Dem.) wollte da- gegen einen Teil der Kosten den Gemeinden aufbürden. — Abg. Becker-Urnberg (Str.) wies darauf hin, daß man davon höre, eine Zahl von Rentenempfängern werde ihre Rente auf die Spar- kasse, da sie dieselbe nicht brauche, (??) die Rentenerhöhung dürfe nicht allen Rentenempfängern ohne Unterschied, ob sie bedürftig oder nicht bedürftig sind, dargeboten werden. — Auch Abg. Hartwig (Dnat. Sp.) ist für den Nachweis der Bedürftigkeit.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns beantwortete die Hauptfrage, ob eine Erhöhung der Renten unterschiedslos sowohl den Bedürftigen wie den Nichtbedürftigen zufließen solle. Der Minister verlas ein Gutachten über die soziale Lage der Versicherungsrentner,

in den Kreis der Weltwirtschaft einträte, könnte es das amerika- nische Monopol brechen und uns billigere, reichlichere Lebensmittel vermitteln.

Leffer Urs und Menzel. Zu Leffer Urs 60. Geburtstag, der ihm die Ehrenmitgliedschaft der Berliner Sezession eintrug, erscheint ein Buch Adolph Donats, das sich zur Aufgabe macht, die Stellung des Künstlers in der modernen deutschen Malerei zu umreißen. Darin wird auch an ein bezeichnendes Urteil Menzels erinnert.

Die Eulderstat, die Urs' malerische Bemalung des Berliner Straßenschildes bedeutet, war offenbar die Veranlassung, daß der Künstler mit Menzel zusammenkam. Eines Tages, als Urs, der hungrig wurde, fast der Verzweiflung nahe war, ließ ihn der erste Sekretär der Akademie rufen und teilte ihm mit, Menzel wüßte ihn zu sprechen. „Der alte Höllner“, plaudert Urs, „war ein sehr liebenswürdiger Herr, er klopfte mir freundlich auf die Schulter und sagte: „Mein lieber Urs, das ist für Sie von großer Wichtigkeit, so leicht ruft Menzel die Leute nicht zu sich.“ Urs ging also zu Menzel. Der Altmeister machte ihn gehörig herunter. „Sie haben alles Zeug, ein tüchtiger Künstler zu werden, aber was das Schönste bei Ihnen ist, ist Zufall. Sie müssen, wenn der Zufall Ihnen etwas gebracht hat, was gut ist, es wieder auswaschen und es durch Arbeit und Fleiß auf den Punkt bringen, den Sie durch den Zufall erreicht hatten.“ Ein anderer Menzel-Ausdruck!...

Die amerikanische Wallfahrt nach Oberammergau. Im kommen- den Frühjahr, und zwar am 14. Mai, beginnen in Oberammergau (Ober-Bayern) die durch den Krieg unterbrochenen Passionsspiele. In den letzten Wochen haben die Wahlen der Hauptdarsteller statt- gefunden, der Kandidat Anton Lang dürfte wieder den Christus- spielen. Der Andrang des Zustandes zu den Festspielen dürfte außerordentlich stark werden. Bis jetzt sind nicht weniger als 60 000 Amerikaner und fast ebensoviel Engländer angemeldet. Die Gemeindeverwaltung hat mit den umliegenden Orten Verträge wegen der Unterbringung der Gäste abgeschlossen. Außerdem wird ein besonderer Valisenaufschlag vorgesehen. Ein Reisebüro hat für 600 000 M. eine Garage errichten lassen. Um den Fremden- verkehr regulieren zu können, ist für die Besucher der Festspiele eine Aufenthaltsdauer von zwei, höchstens drei Tagen vorgesehen.

Wie wäre es, wenn die Oberammergauer die Passion gleich auf englisch gäben und ein paar Rigger dazu nähmen? Ueberhaupt, war nicht Christus vielleicht ein Amerikaner? Wer kann's wissen.

Im Schiller-Theater Charlottenburg werden Dienstag in Ab- änderung des Spielplans „Die Stützen der Gesellschaft“ gegeben.

Große Volkoper Berlin. In dem am Freitag, den 11., in der Neuen Welt 11. stattfindenden Konzert mit dem Philharmonischen Orchester dirigiert Gustav Bräuer Schumanns 4. Sinfonie. Tolla von Licht und die Hebräer-Übersätze von Mendelssohn. Frau. Kratt-Ober und Robert Gutz Angen.

Das Theater Schlossparktheater wird in seinem „Großen Haus“ weitere Konzerte veranstalten. Dienstag gibt Leo Bloch sein 2. Orchesterkonzert. Rimmsch Helmich Schützmann einen Sinfonienabend. Mit den Schauspielvorstellungen wird nach Einbau der Drehbühne begonnen werden. Dann wird auch die Große Volkoper Sinfonien geben.

Ueber Kunstschaffens hält Prof. Ludwig Hed, der Direktor des Zoologischen Gartens, einen Vortragsabend Donnerstag, 10., abends 7 1/2 Uhr, im Rangsdorf-Birchow-Palast Lindenstr. 58.

das allerdings nur örtlich einen kleinen Kreis umfasse, aber doch nachweise, daß die Klasse der Rentenempfänger vom sozialen Gesicht- punkt aus als durchaus nicht einheitlich zu bezeichnen ist. Eine Statistik in einer süddeutschen Stadt hat überraschende Ergebnisse gezeigt. Ein großer Teil der Unfallrentner steht in Arbeit und hat einen vollen oder doch annähernd vollen Arbeitsverdienst. (?) Dies trifft sogar auf eine größere Anzahl von Schwerunfallbeschädigten zu. Schließlich wurde mit 14 gegen 12 sozialistische Stimmen beschlossen, daß die Zulagen nur den „bedürftigen“ Invalidenrentnern gewährt werden. Nach welchen Regeln die „Bedürftigkeit“ bestimmt werden soll, wird in der Dienstagssitzung des Ausschusses entschieden werden.

## Minna Cauers Dank.

Von Minna Cauer, der Achtzigjährigen, erhalten wir für unsere Glückwünsche folgendes Schreiben:

An die Redaktion des „Vorwärts“!

Ihr großer Führer August Bebel schickte mir im Jahre 1895 die Jubiläumsausgabe seines Werkes: „Die Frau und der Sozialismus“ (25. Auflage). Darin hatte er den Satz geschrieben: „Brieh Bahn für die neue Zeit und für die neue Frau.“ Oft habe ich sinnend diese Worte durchdacht zu Lebzeiten des verehrten Führers und nach seinem Tode. Und jetzt? Die alte Zeit sank in furchtbare Weise dahin. Wo finden wir schon die neue Zeit und wo die neue Frau? Bewiß, Sie haben recht in Ihren freundlichen Worten zu meinem achtzigsten Lebensjahr, daß die Frauen zur Er- kenntnis kommen müssen, wo sie in der Gegenwart ihren Stand- punkt zu nehmen haben, um Hand anzulegen zum Aufbau einer freien Welt. In dem Wirrwarr der Gegenwart ist es unendlich schwer, besonders schwer in den bürgerlichen Kreisen. Ich, die ich, wie Sie mit Recht sagen, den Ideengängen der Sozial- demokratie stets sehr nahegeblieben habe und die Idee des Sozialismus für ausschlaggebend für den Aufbau unserer Republik halte, bedauere es unendlich, daß es nur erst eine kleine Schar Frauen ist, die das wertvolle Geschenk, das die Revolution der Frauenwelt brachte, zu schätzen oder zu handhaben versteht.

Sie sagen mir anerkennende Worte, daß ich die Kraft meines Lebens „einer großen Aufgabe“ gewidmet habe. Es hat mich be- wegt, wie Sie mein Streben und mein Wollen auffassen. Mir er- scheint der Kampf ums Recht als ein natürlicher, als ein gebotener. Wo er nicht vorhanden ist, muß er einen Staat, ja ein Volk zugrunde richten. Ich danke Ihnen herzlich, daß Sie mir sagen, wie Sie mein Wirken dafür auffassen. Ich stehe nach wie vor fest in dem Kampf ums Recht, dem Kampf, den unser ganzes Volk für die neue Zeit auszurufen hat. Und welche große Aufgabe fällt da der Arbeiterklasse zu! Minna Cauer.

## Dominicus-Erbchaft.

Soeben wird ein Erlaß des mittlerweile zurückgetretenen preußischen Innenministers Dominicus vom 21. Oktober d. J. bekanntgegeben, in dem dieser die Möglichkeiten der Aus- weisung von „lästigen Ausländern“ verschärft. Soweit sich der Erlaß gegen solche Ausländer wendet, die ihren Inland- aufenthalt zu Spekulationen, Vermögensschiebungen, Häuseraufkäufen und ähnlichen sauberen Geschäften benutzen, wird man wenig hiergegen einzuwenden haben. Außerordent- lich bedenklich ist jedoch die Auslegung des Begriffs der Lästig- keit, die Dominicus im Falle politischer Handlungen von Ausländern gibt.

Hier wird der neue preußische Innenminister Genosse Se- vere in sich in dankenswerter Weise betätigen können, indem er diesen Teil des Erlasses seines Vorgängers einer gründ- lichen Revision unterzieht. Wir dürfen unter keinen Um- ständen in jene vorwühelminische Aera zurückversetzt werden, in der man unter nichtigen Vorwände Ausländer, deren poli- tische Gesinnung aus irgendwelchen Gründen für „nicht ein- wandfrei“ gehalten wurde, über die Grenze abschob. Gesinnungsähnlichkeit ist etwas, womit die Republik nichts zu tun haben will noch darf!

## Pinkerton gegen „Vorwärts“.

Vor dem Schöffengericht Roabit begann gestern morgen der Prozeß gegen die Redakteure des „Vorwärts“ Dr. Peiser und Veyere sowie gegen den Redakteur der „Freiheit“ Kabsch, die beschuldigt sind, in mehreren im „Vorwärts“ wie in der „Freiheit“ erschienenen Artikeln den Vetter der Pinkertongesellschaft, Major Berndt, beleidigt zu haben. Wenige Monate nach dem Kapp-putsch wurde von der „Deutschen Wirtschaftshilfe“, die mit der Pinkertongesellschaft noch Behauptung der Angeklagten in enger Ver- bindung steht, ein Schwindelbericht verbreitet, wonach zwischen dem damaligen Beauftragten der Sowjetrepublik, Joffe, dem Chef- redakteur der „Freiheit“ Dr. Hübner und dem damaligen Vor- sitzenden der SPD, Dr. Leo in der Nähe von Remet ein Geheim- vertrag geschlossen worden sei, der die Einführung der Sowjet- herrschaft in Deutschland zum Inhalt gehabt habe. Die Pinkerton- gesellschaft bestreitet den Zusammenhang mit der „Deutschen Wirtschaftshilfe“. Die Angeklagten werden durch Rechtsanwalt Heine, der Privatkläger von Rechtsanwalt West vertreten.

Zu Beginn der Verhandlung regie der Vorsitzende Vergleichs- verhandlungen an, die jedoch vom Genossen Peiser abgelehnt wurden, während der Vertreter der Gegenpartei mehrfach An- regungen in diesem Sinne gab. Auch der Verteidiger Genosse Heine wies darauf hin, daß von Vergleichsverhandlungen allenfalls erst nach vorgenommener Beweisaufnahme gesprochen werden könne. Da infolge nicht rechtzeitigen Eintreffens der Ladung ein wichtiger Zeuge der Angeklagten nicht erschienen war, wurde die Verhandlung vertagt.

## Nationalsozialistische Enthüllungen.

Die beiden ehemaligen Kommunistenführer Bauffenberg und Wolfheim, die sich noch und noch zum Nationalsozialismus durchgemauert haben, geben in ihrer Zeitschrift „Der Volkswart“ soeben eine Darstellung der Entstehung der Baltikumorden und berichten über Verschönerungen, an denen außer Kapp und Lubendorff auch Winnig teilgenommen haben soll. In längeren Ausführungen beschäftigen sie sich mit der Rolle Winnigs anlässlich einer Sitzung Weihnachten 1919, in der ein putsch vorbereitet worden sei, wobei Winnig die Worte gesprochen haben soll: „Für die organisierte Arbeiterschaft bürge ich vollkommen.“

Es scheint uns erforderlich, daß sich Winnig diesen fast wie ein Märchen klingenden Anschuldigungen gegenüber baldigst rechtfertigt.

## Ausperrung in Mannheim.

Mannheim, 7. November. (M.A.) Die Firma Benz u. Co. wird den Betrieb ihrer Automobilfabrik am Dienstag früh einstellen und die gesamte Arbeiterschaft, etwa 3500 Mann, ent- lassen wegen fortgesetzter Demonstrationen der Arbeiterschaft, die mit Versammlungen auf dem Fabrihof, Eindringen in die Verwal- tungsgebäude und Direktionsbüros und Bedrohung der Direktion verbunden waren, sowie der Montag früh erfolgten Mißhandlung und Verjagung von Betriebsbeamten. Die Schließung der Benz- werke steht mit dem zurzeit zwischen den zuständigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretern schwebenden Verhandlungen über Lohnforderungen in keinem Zusammenhang.

# Wirtschaft

## Der erneute Valutasurz.

Die starke Entwertung der deutschen Mark kommt in den amtlichen Notierungen fremder Zahlungsmittel an der gestrigen Berliner Börse nicht in dem Umfange zum Ausdruck, wie man nach den Kursprüngen der ersten Börsensunden an- nehmen mußte. Der Dollar hatte anfangs mit 275 eingeseht, stieg dann über 300 und wurde, nachdem die Reichsbank mit Devisenverkäufen eingeschritten war, schließlich nach amtlicher Notierung mit 286,71 M. bewertet. Gegenüber dem Sonn- abend, wo er mit 248,75 M. seinen letzten Höchststand erreicht hatte, stellte er sich bedeutend schlechter. Auch die übrigen Devisenkurse zogen scharf an, für einige war die Nachfrage wieder so groß, daß sie nicht befriedigt werden konnte und daß man daher das Material zuteilen mußte. Amtlich wurden u. a. notiert: 100 holländische Gulden mit 10 489,50 M. gegen vorgestern 8591,40 M., 1 Pf. Sterling mit 1128,25 M., 100 französische Franken mit 2197,80 M., 100 Schweizer Franken mit 5694,30 M. Neben der Zurückhaltung von Devisen durch die Exporteure und die Industrie ist für diesen neueren Valutasurz ein wichtiger Grund der, daß das Ausland seinen großen Besitz an Papiermark gegen sicher wertiges Geld eintauscht und so auf den Kurs der Mark drückt.

## Valuta und Teuerung.

Infolge des Valutarückganges steigen die Preise rapide. Die Teuerung, die wir jetzt im Inland beobachten, ist in der Haupt- sache auf ihn zurückzuführen. Sind doch im Ausland die Waren- preise in der gleichen Zeit nicht nur nicht weiter gestiegen, sondern sogar zurückgegangen. Die Bewegung der Inlandpreise steht im schroffen Gegensatz dazu. Die kürzlich für den Monat Oktober be- richteten Teuerungszahlen des Statistischen Reichsamts sind durch die Entwicklung seit Mitte des vorigen Monats längst überholt. Die Preise des Großhandels, die den Kleinhandelspreisen voraus- zuziehen pflegen, sind im Laufe des Monats November um ein volles Drittel in die Höhe gegangen. Die Indexzahl der „Frankf. Zig.“, die die Preise 77 verschiedener Waren umfaßt, betrug am Anfang Oktober 184, am Anfang November aber 248. Damit ist der Höchststand früherer Teuerungsperioden weit überroffen. Vergleicht man die Warenpreise um Mitte des Jahres 1914 mit den heutigen, so ergibt sich, daß die Großhandelspreise auf das rund Siebenundzwanzigfache gegenüber der Vorkriegszeit ge- stiegen sind.

Am 1. November stand der Dollar auf 181,31, also etwa auf seinen 44fachen Friedensstand. Inzwischen ist er bekannt- lich noch weit darüber hinaus gestiegen. Aber der Vergleich zwischen dem am Anfang November ermittelten Großhandelspreisen, die nach über den Kleinhandelspreisen stehen, zeigt, wieviel größer die Kauf- kraft der Mark im Inland gegenüber ihrem Auslandswert ist. Diese Tatsache beleuchtet auch das Ungesunde der Kursentwicklung der Mark. Sie schafft dem tausenden Valuta-Ausländer einen ungehe- ren Vorteil gegenüber dem Inländer, der nur Papiermark besitzt. Dadurch, daß nun das Ausland kauft, entsteht im Inland Waren- mangel, die Käufer stürzen sich auf die knappe Ware und treiben so ihrerseits die Preise in die Höhe. Es ist selbstverständlich, daß auch das Ausland sich einmal an deutschen Waren überkauft, und dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo mit Notwendigkeit der Rückschlag eintreten muß.

So spielen sich die Vorgänge innerhalb der Beschäftigung, die die anarchische kapitalistische Wirtschaft geschaffen hat, ab. In der allgemeinen Teuerungswelle machen sich natürlich Schieber und Wucherer in großer Zahl breit, die die Ware nur erwerben und zurückhalten, um sie später teurer zu verkaufen, ohne in der Waren- verteilung auch nur die geringste produktive Tätigkeit zu entfalten. Der sogenannte „ehrliche“ Handel stellt sich oft mit ihnen auf eine Stufe, indem er die Eingriffe der Behörden in die unberechtigte Preissteigerung bekämpft. Diese dürfen sich dadurch aber keinesfalls davon abhalten lassen, gegen Kettenhandel und Wucher mit allen Mitteln vorzugehen und so wenigstens die unbegrün- dete Preissteigerung niederzuhalten. Daß das nicht nur im Interesse der Verbraucher liegt, haben selbst Handelskammern anerkannt mit ihrer Forderung, daß jeder Teil des Handels sein Risiko selbst zu tragen habe und nicht weiter abwälzen solle. Diese Kammern spüren ebenso wie der Einzelhandl, daß der Inlandsmarkt durch die unausgesetzten Preissteigerungen unterhöhlt wird, weil die Kaufkraft der Bevölkerung schließlich versagt. Aus diesem Grunde wurde kürz- lich ein Abwehrartikel des Einzelhandels gegen die unberechtigten Forderungen der Konventionen gegründet. Eine wirkliche Be- kämpfung des Kettenhandels ist aber nur möglich, wenn sich die Ver- braucher reiflos in den Konsumgenossenschaften organi- sieren und so die Warenverteilung unter Umgehung aller überflüssi- gen Zwischenglieder und Händler fördern.

Wie eine Dollarkorrespondenz meldet, geraten durch den Valuta- sturz auch diejenigen Gemeinden in große Schwierigkeiten, die noch Zahlungen an das Ausland zu leisten haben für empfangene Lebensmittellieferungen. Daß es denjenigen Handelsfirmen ähnlich geht, die noch Verpflichtungen für Warenlieferungen haben, versteht sich von selbst. Diese letzteren können jedoch durch Preisausschläge die entstandenen Verluste wieder ausgleichen und tun das auch nach Möglichkeit, wie die allgemeine Preisbewegung deutlich zeigt.

Orenstein u. Koppel Akt.-Ges., Berlin. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Grundkapitals auf 136 Millionen Mark. Ueber die Verwertung von 30 Mil- lionen Mark neuer Stammaktien, die die Verwaltung behält, teilte diese folgendes mit: Die Gesellschaft habe einen großen Teil ihrer aus- ländischen Fabrikationsstellen durch den Krieg verloren. In manchen Ländern, in denen die Gesellschaft einen wertvollen Abnehmerkreis besitze, seien die Jälle darauf erhöht, daß ein Export nicht mehr rentiere. Die Gesellschaft müsse also, um die guten Abnehmer nicht zu verlieren, wieder eigene Fabrikationsstätten sich im Auslande schaffen. Der Bau eigener Fabriken sei infolge der Marktentwertung zu teuer; die Verwaltung geht daher mit der Absicht um, geeignete Produktionsstätten im Ausland zu kaufen und dagegen ihre eigenen hochwertigen Aktien in Zahlung zu geben. — Den alten Aktionären werden sie um 107 1/2 Proz. so gut wie geschenkt.

Frankreichs Geschäft an der oberschlesischen Entschädigung. Der Krakauer Rapzod (Vorwärts) bringt interessante Einzelheiten über die Auslichten Polens nach der Teilung Oberschlesiens: „Ein wirtschaftlicher Ruhen wird Polen von dieser Provinz leider nicht haben, denn die Entente hat beschlossen, daß während der Dauer von 15 Jahren die wirtschaftliche Verwaltung Oberschlesiens eine gemischte polnisch-deutsche Kommission mit einem Entschädigungsausschuß an der Spitze ausüben wird. Während der Dauer von 15 Jahren soll die deutsche Mark das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel in Oberschlesien sein. Es werden daraus für den pol- nischen Staatsschatz große Schwierigkeiten entstehen, um damit unser Militär und unsere Beamten in Oberschlesien zu be- zahlen. Zweifelsfrei und schwierig wird durchzuführen sein, daß Oberschlesien diese Lasten selbst trägt, da die Ausübung der Königsrechte, die staatliches Eigentum ist, Polen den Fran- zosen überlassen mußte und da außerdem auf Oberschlesien die Abzahlung eines großen Teils der Kriegsschuldungen lasten wird, die Deutschland an die Ententestaaten zahlt. Man darf sich daher keiner Täuschung hingeben, daß die Angliederung Oberschlesiens in absehbarer Zeit günstig auf die finanzielle Lage Polens und auf die polnische Valuta einwirken könne. Hier bestätigt das sozialistische Blatt, daß Frankreich bei der Entschädigung über Oberschlesien in Genf eigene wirtschaftliche Interessen vertreten hat.“

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Gastwirtsgehilfen zum Schiedsspruch.

Zu dem Schiedsspruch wurde gestern in fünf stark besuchten Versammlungen Stellung genommen. Im überfüllten Bühnenaal referierte Gattwaldt, der zunächst den Schiedsspruch bekannt gab. Die Verhandlung habe von 5 Uhr abends bis nachts 2 Uhr gedauert. Der Redner sprach sich dann abfällig über den 2. Teil des Schiedsspruches aus, der dringend einer Aenderung bedürfe. Man habe nicht erwartet, daß von dem Schiedsgericht ein derartiger Spruch gefällt werden könnte. Es sei sofort mit den Unternehmern eine Verhandlung angebahnt worden, die um 4 Uhr stattfinden und hoffentlich zu einer vollen Verständigung über diesen Teil führen werde.

Die folgende Aussprache zog sich über drei Stunden hin und gestaltete sich zeitweise sehr erregt. Allgemein wurde von den Rednern der zweite Teil des Schiedsspruches als unannehmbar erklärt. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, die Gewerkschaftskommission aufzufordern, eine Vollversammlung einzuberufen, welche zu der geschaffenen Situation Stellung nehmen soll. Die Versammelten erwarteten, daß sich die Vollversammlung mit dem Beschluß des Ausschusses, der den Generalstreikbeschuß aufhob und damit der Bewegung der Gastwirtsgehilfen das Rückgrat gebrochen habe, nicht einverstanden erklärt, sondern den Generalstreikbeschuß am Dienstag mittag von 12 Uhr an durchzuführen werde.

Bei der Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Spruches wurden 1176 Stimmen abgegeben, von denen 983 gegen und 151 für Annahme waren. 31 Zettel waren unbeschrieben und 11 ungültig.

Die Versammlung in der Neuen Philharmonie, die in drangvoller fürchterlicher Enge Tausende umfaßte, nahm ebenfalls einen recht stürmischen Verlauf. Schülke führte aus: Die Organisation und die Betriebsräte hätten sich von vornherein nur auf eine Unterwerfung unter einen Schiedsspruch über das Lohnsystem festgelegt. Trotzdem habe das Schiedsgericht gleich die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit und der Streikbrecher mit entschieden, und kurzerhand habe der Vorsitzende die Sitzung geschlossen. Ob man wieder in die Betriebe hineingehen wolle oder nicht, darüber habe jetzt die Mitgliedschaft geheim abzustimmen. (Stürmische Unterbrechung: Nicht nötig, wir streiken weiter!) Leber die Frage des Entlohnungssystems der Redner sei hier nicht mehr zu reden, da wir bereit wären, uns dem Schiedsspruch darüber zu unterwerfen. Anders sei es mit der Frage der Wiederaufnahme der Arbeit und der Streikbrecher. Durch eine telefonische Vereinbarung mit dem Vertreter der Arbeitgeber sei es wenigstens ermöglicht worden, schon heute (Montag) nachmittag mit den Tarifverhandlungen über die Höhe des nichtbediensteten Personals zu beginnen und sie zu fördern, und wenn die Sitzung bis morgen früh dauere. Dr. Hampe habe durchblicken lassen, daß die Unternehmer zufrieden sein würden, die Streikbrecher hinauszubugeln. Bei gehörigem Nachdruck werden wir das auch können.

Gleich der erste Diskussionsredner ist für Weiterführung des Streiks und spricht, obwohl selber Redner, für das Hilfspersonal, welches noch gar nicht wisse, zu welchen Löhnen es die Arbeit wieder aufnehmen solle. Der Redner hat sich mit dem Betriebsrat der Hochbahn und den Betriebsräten anderer großen Unternehmungen in Verbindung gesetzt und hofft, daß bei Weiterstreik die Arbeiter der großen Verkehrsbetriebe und der Elektrizitätswerke sowie die Metallarbeiter sich hinter die gewerkschaftlichen Angestellten stellen werden. Von den zahlreichen anderen Rednern waren die meisten aus gleichen oder ähnlichen Erwägungen für die Weiterführung des Streiks selbst für den Fall, daß man hungern müßte. Sie befürchteten Mahregelungen trotz des Passus, daß solche nicht stattfinden sollen, und ganz besonders scharf lehnten sie ein Zusammenarbeiten mit Streikbrechern ab, das durch den zweiten Teil des Schiedsspruches ihnen angefohlen werde. Einige Redner, die zwar Kritik am Schiedsspruch übten, aber den Verammelten den Ernst der Situation und die Konsequenzen eines Beschlusses auf Weiterführung des Streiks nahelegen wollten, wurden häufig unterbrochen. — Siemann vom Betriebsrat der Hochbahn erklärte u. a.: Wenn Eure Abstimmung gegen den Schiedsspruch ausfällt, wird ein großer Teil der Kostenbewußten Arbeiterschaft hinter Euch stehen und Euch Solidarität erweisen.

Ein Redner betonte, daß nach telefonischem Anruf die Stimmung in den anderen Versammlungen die gleiche sei wie hier.

Die Zeit zur ruhigen, sachlichen Beurteilung der Situation scheint noch nicht gewesen zu sein. Die Distanz zwischen dem Kampf und dem Schiedsspruch war noch zu kurz. Hoffentlich führen die weiteren Verhandlungen zur Einigung über die möglichst baldige Entfernung der Streikbrecher, die ja „ihre Schuldigkeit getan“ haben.

## Der Streik der Gastwirtsangestellten beendet.

Das Kartell der im Gastwirtsgerber vertretenen Arbeitnehmerorganisationen hat gestern in sechs Versammlungen über die Arbeitsaufnahme geheim abstimmen lassen. Kartellvorstand und Beirat haben sich am Abend mit dem Ergebnis dieser Abstimmung beschäftigt und festgestellt, daß eine statutenmäßige Mehrheit zur Aufrechterhaltung des Streiks nicht vorhanden ist.

Der Streik wird damit für beendet erklärt.

Der Vorstand des Kartells der im Gastwirtsgerber vertretenen Arbeitnehmerorganisationen.

## Drohender Lohnkampf im Baugewerbe Groß-Berlins.

Am 19. September forderten die technischen und kaufmännischen Angestellten des Baugewerbes 75 Proz. Zuschlag auf die im September gezahlten Einkommen auf die Dauer von 4 Monaten.

Der Verband der Baugeschäfte verlangte, daß die Forderungen ganz erheblich herabgesetzt werden sollten. Um eine Verhandlungsmöglichkeit zu schaffen, ermächtigte die Arbeitnehmer ihre Forderungen auf 50 Proz. unter der Bedingung, daß nur eine Bindung a u f 2 M o n a t e verlangt würde. Auch das wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Angestellten riefen das Tarifamt als Schlichtungsstelle an. Der am 14. Oktober gefällte Schiedsspruch wurde von der Angestelltenchaft mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Am 4. November trat das Haupttarifamt als Einigungsinstanz zusammen. Aber die Vertretung der Arbeitgeber lehnte jede Einigung grundsätzlich ab. Den Angestellten bleibt nun als letztes Mittel nur der Streik. Gerade die kaufmännischen und technischen Angestellten wissen, was heute in den Baubetrieben Groß-Berlins verdient wird und sie können es nicht begreifen, daß dauernd die gerechten Forderungen von den Arbeitgebern abgelehnt werden.

Zuzug kaufmännischer und technischer Angestellten des Baugewerbes nach Groß-Berlin ist fernzubalten und wir bitten alle Arbeiterblätter um Abdruck dieses Berichtes.

## Magistratsbeschuß zum 9. November.

Der Magistrat hat beschlossen: Zweck Teilnahme an den Demonstrationen am 9. November sind die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter von 2 Uhr nachmittags ab auf Wunsch zu beurlauben. Die Arbeiten zur Versorgung der Stadt mit Gas, Wasser und elektrischem Strom sind weiterzuführen. Die städtischen Straßenbahnen halten den Betrieb in vollem Umfange aufrecht. Denjenigen Angestellten und Arbeitern, die entgegen diesen Bestimmungen nicht zur Arbeit erscheinen, ist Gehalt oder Lohn für diesen Tag nicht zu zahlen.

## Entlassungen bei der Reichstreuhandgesellschaft.

Die Gesellschaft muß ihren Betrieb und damit auch ihren Angestelltenkörper verringern. Sie verlangt von den etwa 500 bis 600 Angestellten, die entlassen werden, ihr bis heute zu erklären, ob sie mit ihrem Austritt zum 31. Dezember einverstanden sind. Wenn nicht, erfolgt zu diesem Zeitpunkt die Kündigung. Im Falle der sofortigen Erklärung des Einverständnisses mit dem Austritt oder auch im Falle des ausdrücklichen Einverständnisses mit der Kündigung wird den Angestellten bescheinigt, daß sie auf eigenen Wunsch ausscheiden — was in den meisten Fällen der Wahrheit zuwider wäre —, weiter aber wird ihnen ein Monatsgehalt gezahlt und für den Fall, daß bis zum 1. des auf den Austritt folgenden zweiten Monats keine neue Stellung gefunden ist, eine Übergangsbeihilfe von  $\frac{1}{2}$  des Monatsgehalts.

Nun wird uns über Härten bei den Entlassungen geklagt, insofern Familienväter davon betroffen werden, während ledige Angestellte mit gleichwertiger Arbeitsleistung weiter beschäftigt werden.

Wenn im Sommer noch eine ganze Anzahl Techniker aus Kiel herangezogen wurden, mit der Begründung, in Berlin fehle es an geeigneten Kräften, so sei dies nur ein Vorwand gewesen.

Die Direktion hat am 5. Juli den Tarifvertrag gekündigt und sollte nach 14 Tagen neue Vorschläge machen. Bis jetzt aber habe sie noch keine Gehaltsföge angegeben, obgleich der bisherige Tarifvertrag am 30. September abläuft. Für die Kündigungen aber beauftragt sich die Gesellschaft noch am 3. November angeblich noch auf den seit einem Monat abgelaufenen Tarifvertrag.

Eine heute nachmittag um 4 $\frac{1}{2}$  Uhr in den Sophienkafé stattfindende Versammlung der Betroffenen wird zu der ganzen Angelegenheit Stellung nehmen.

## Die „Victoria“ hat sich besonnen.

Der Betriebsrat teilt uns mit: „Die aus den Schwurgerichtsverhandlungen entstandenen Differenzen sind auf dem Wege gütlicher Verhandlung zwischen Direktion und Betriebsrat beigelegt worden.“

Als selbstverständlich setzen wir voraus, daß der Herr Direktor Liebke nicht etwa nachträglich eine passende Gelegenheit sucht, um „die bösen Sieben“ zu skurrigeln. Das war ein äblicher Streich, den er der „Victoria“ mit der Entlassungsandrohung der Sieben unter dem sadenscheinigen Vorwand gespielt hat. Bei einiger Ueberlegung wäre er unterblieben.

## Lohnregelung in den Reichs- und Verwaltungsbetrieben.

Die dem Transportarbeiterverband angeschlossenen Arbeiter und Arbeiterinnen der Reichsbetriebe, Verwaltungsbehörden und Reichsorganisationen nahmen am Freitag den Bericht über den Stand der Verhandlungen über neue Lohn- und Gehaltsföge entgegen.

Ballentin berichtete, daß in allen Lohnklassen Zuschläge zum Stundenlohn bewilligt worden sind, und zwar ab 1. Oktober für Lohnklasse I: 2 M., II: 1,90 M., III: 1,80 M., IV: 1,70 M., V: 1,60 M., VI: 1,50 M., VII: 1,50 M. Hiernach stellen sich die Stundenlöhne auf: 8,90 — 8,70 — 8,50 — 8,20 — 8,00 — 7,80 — 7,70 M.

Die Zuschläge für weibliche Arbeitskräfte sind zwar noch nicht festgelegt, doch dürften die Vorschläge, nach denen sie in Lohnklasse I: 1,20, II: 1,10 und III: 1,05 M. betragen sollen, Geltung erlangen. Die vor dem 31. Mai d. J. Eingestellten erhalten die Hälfte der bisherigen persönlichen Zulagen, die für alle Lohnklassen nunmehr in Lohnklasse A wöchentlicher 4,80 M. betragen. Vorstehende Lohnföge beziehen sich auf alle über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen. Für jugendliche männliche und weibliche Arbeitskräfte sind die Lohnföge noch nicht geregelt. Außerdem ist noch eine Kinderzulage in Höhe von 30 Pf. pro Stunde und Kind ab 1. Oktober bewilligt worden.

Alle Arbeiter, die am 16. November im Dienste der Verwaltung stehen, oder als vorher Ausgeschiedene die Uebergangsgebühren für die ersten 16 Monate beziehen, erhalten den zustehenden Betrag für 2 Monate (Oktober und November), andere nur für einen Monat, wenn sie am 1. November noch im Dienste der Verwaltung standen oder als vorher Ausgeschiedene die Uebergangsgebühren für einen über den 1. November hingehenden Zeitraum beziehen. Sind sie zwischen dem 1. und 16. November ausgeschieden, so erhalten sie neben dem für sie zustehenden vollen Betrag für den Monat Oktober noch für den Monat November den für sie zustehenden Monatsbetrag zur Hälfte. Für die stundenweise beschäftigten Reinigungsfrauen sind die Löhne noch zu regeln. Gegen wenige Stimmen sprach die Versammlung ihr Einverständnis mit den Abmachungen aus.

## Stuhl- und Gipsbaubranche!

Zu einer gemeinsamen Besprechung und zur Entgegennahme wichtiger Beschlüsse haben sich sämtliche Betriebsräte und Bau-deputierte der Stuhl- und Gipsbaubranche Mittwoch abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus einzufinden.

Jeder Bau und jede Werkstatt muß vertreten sein.

Die Sektionsleitung.

**Achtung! Maschinenreure der Eisenkonstruktions-, Kran-, Aufzugs- und Stelwerkbranche.** Die für Dienstag, den 15. November, angezeigte Versammlung findet heute abend statt.

**Auto-Reparaturbetriebe.** Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Pöwelle, Hofstr. 7: Funktionärssitzung aller Auto-Reparaturbetriebe der Interessengemeinschaft. Bericht von der Lohnverhandlung. Jeder Betrieb muß einen Vertreter entsenden.

**Achtung, Bauarbeiter!** Da von der Berliner Gewerkschaftskommission und den politischen Parteien zu einer Demonstration am 9. November aufgerufen wird, erlauben wir unsere Mitglieder, bis 2 Uhr mittags zu arbeiten und dann geschlossen zur Demonstration zu marschieren.

**Gewerkschaftsmitglieder!** Für die Vorstellung am Sonntag, dem 18. November, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Trianon-Theater, mit dem Lustspiel: „Die große Leidenschaft“, sind Eintrittskarten zu stark ermäßigtem Einheitspreise im Gewerkschaftshaus, Engelauer 23 I, Zimmer 15, zu haben.

Die Steinholzleger und -helfer im Deutschen Bauarbeiter-Verband haben durch einmütiges Zusammenarbeiten nach einem fünf-

tägigen Streik ihren Stundenlohn von 8,80 M. auf 11 M. erhöht, und die Montagezulage von  $\frac{1}{2}$  Sd. auf 8 Sd. Die Arbeit wurde am Montag wieder geschlossen aufgenommen.

In der rheinischen Metallindustrie sind die Maschinisten und Geizer am 4. November in den Ausstand getreten. Der Ausstand betrifft die Mannesmann-Werke Rath, Schweif- und Bolzwerk, Eisen- und Drahtindustrie, Stahlwerk Rhönig und einige kleinere Werke.

Zu den Lohnstreikigkeiten in Düsseldorf gibt der Metallarbeiterverband eine Erklärung ab, daß er mit Bezug auf den Rahmen-tarif es nicht für angebracht hält, daß dieser Ausstand ohne Rücksichtnahme mit ihm ausgebrochen ist. Die streikenden Transportarbeiter, die anfangs einer Tarifregelung durch einen unparteiischen Schlichtungsausschuß ablehnend gegenüberstanden, fanden sich bereit, dem staatlichen Schlichtungsausschuß die Entscheidung zu überlassen. In der letzten Verhandlung wurde entschieden, daß auf die bisher vereinbarten Wochenlöhne von 815 M. ein Zuschlag von 75 Proz. gezahlt werden soll.

Die Textilarbeiter Süd-Hannovers, und zwar in den Orten Göttingen, Einbeck, Okerode, Herzberg, Hattorf, St. Andreasberg, Lindau und Sieboldshausen, befinden sich in Stärke von 3500 Mann seit dem 5. November wegen Lohnendifferenzen in Streik. Der christliche Textilarbeiterverband hat sich der Bewegung gleichfalls angeschlossen.

**Deutscher Werkmittel-Verband.** Versammlung Berlin 17 (Nachgruppe Lederindustrie). Die nächste Versammlung findet nicht am 11. November, sondern am Dienstag, den 15. November, abends 8 Uhr, im „Alexander“ statt. Tagesordnung: „Stellungnahme zum Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses“. Vollständiges Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. — **Deutscher Holzindustrie-Verband.** Freitag 7 Uhr Reichshaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, Versammlung. **Deutscher Transportarbeiter-Verband.** Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Hut-, Mähen- und Pelzwarenbranche. Heute 5 $\frac{1}{2}$  Uhr im Lokal von Mitte, Poststr. 29, Gruppenversammlung.

**Deutscher Gattarbeiter-Verband.** Dienstag 5 $\frac{1}{2}$  Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal. Versammlung aller in den Damenhut-, Umreif- und Reparaturbetrieben Beschäftigten. Ganz besonders sind die in den Damenhutbetrieben beschäftigten Phantastikerbetrieblernen eingeladen. **Streiktypeure und Galvanoplastiker.** Donnerstag nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr Frauenmännerversammlung bei Schim, Charlottenstr. 7-8.

## Aus der Partei.

### Sylvester Dschibladse.

Nach dem qualvollen Tode des Genossen Tschischladse sah sich die von Moskau eingeleitete Tschischladse gewungen, den Altmeister und Begründer der georgischen Sozialdemokratie, Sylvester Dschibladse, aus der Haft zu entlassen. Schwermüde wurde der Greis aus dem Gefängnis nach seinem Heim, das unterdessen ausgeplündert war, gebracht. Sein Zustand war fast hoffnungslos, und ob er heute, wenn diese Zeilen niedergeschrieben werden, noch am Leben ist, ist mehr als zweifelhaft.

Als junger Student schloß sich Dschibladse der revolutionären Bewegung an und wurde im Jahre 1883 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Mit einer seltenen Selbsterleugnung und einer Energie sondergleichen stand er vierzig Jahre hindurch an der Spitze der georgischen Partei. Er war der erste Vertreter der georgischen Arbeiter, der 1900 nach Petersburg entsandt wurde, um eine reguläre Verbindung mit den russischen Genossen herzustellen. 1903 erhielt er eine längere Gefängnisstrafe mit nachfolgender Verbannung nach Sibirien.

Die Amnestie von 1905 ermöglichte seine Rückkehr. Dschibladse war er aber dort schon derartig bekannt, daß nicht mehr offen auftreten konnte und unter falschem Namen lebte. Seine Arbeit setzte er rastlos fort. 1910 wanderte er wieder in die Verbannung. Bei den Wahlen in die Russische Konstituierende Versammlung (1917), bei denen zur Georgischen Konstituante (1918), in den Tschischladse Arbeiterdeputiertenrat usw. setzte die Partei seinen Namen immer an die erste Stelle der Kandidatenliste.

Der „alte Sylva“, wie ihn die Arbeiter nennen, ist ein Greis mit schneeweißem Haar, mit einem Apostelgesicht wie aus Marmor gemeißelt, aber mit den blühenden Augen eines Jünglings. Er besuchte in Tiflis alle größeren Arbeiterversammlungen und fühlte sich dort wie ein Vater, umringt von seinen Kindern. Darum auch kam er gleich auf die bolschewistische Propagandalistik und war einer der ersten, die ins Gefängnis geworfen wurden.

Von 1883 bis 1917 hat Dschibladse so manches Gefängnis kennen gelernt und verließ es immer mit stolzem Rut. Auch diesmal schreckte ihn anfangs das Gefängnis nicht, als er nachts aus seiner Wohnung geholt wurde. Bitter war nur der Gedanke, daß die Propagandalistik von Renegaten aufgestellt wurde, die einst — seine Schüler waren. . . Sie kamen aus Moskau zusammen mit den russischen Truppen und übernahmen von den Okkupationsbehörden eine Funktion, in der sie höchste „Kompetenz“ besaßen: die Ausrottung aller bedeutenden Kräfte der Sozialdemokratischen Partei. Unter diesen Renegaten waren manche, die er und hoc Jordania aus dem Staube, aus dem Straßenschmutz geholt und zu Menschen gemacht hatte. Sie hatten jetzt den Henkern den Weg zu ihm gezeigt. . . Was der Greis in den fünf Monaten seiner Gefängnis-haft zu erdulden hatte, übertraf alles Grauen der alten zaristischen Katorgafestungen von Orel und erinnerte an die Schilderung der Horthofischen Folterkammern in Ungarn.

Und als die Moskauer Agenten den Schwerkranken aus dem Gefängnis tragen ließen, geschah es nur, weil die Gefängnisärzte ihnen die Versicherung abgaben, daß er im Sterben liegt.

Der Ortsverein Braunschweig bei Osnaabrück kann 1922 auf sein 50 jähriges Bestehen zurückblicken. Da aber die alten Protokolle unter dem Sozialistengeiz verlorren gegangen sind, werden die Genossen, die in den früheren Jahren in Braunschweig tätig waren und den Verlauf der Bewegung kennen, ersucht, hierüber einen kurzen Bericht an Karl Westphäliger, Osnaabrück, Kollegienwall 14, einzusenden, da beabsichtigt ist, eine Gedächtnischrift herauszugeben.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Männer-Männergesangverein „Seemannschor“.** Konzert am Freitag, den 11. November, im Schillertheater, Völgelstr. 16, Cafe Panthron, abends 8 Uhr. — **Sozialistischer Studentenbund.** Dienstag, den 8. November, 8 Uhr abends, findet in der Unioersität, Auditorium 47, die 1. Winterversammlung im Wintersemester statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Wahl des neuen Vorstandes, 3. Verschiedenes.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Geiser, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Hilde, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Preis 2 Mark.

**Stoffe** für Herren- und Damen-Bekleidung beste Fabr. gr. Auswahl, Verk. meterweise **Koch & Seeland** G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21.

**DEGEA Spar-Glühkörper 25%**  
 Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch  
 Bestes Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin O.17 **Gas-Ersparnis**

**Kleide Dich billig, elegant!** Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer  
 im Leihhaus Moritzplatz 58a  
 teils auf Seide, jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfische 300, Zobelische 400, Blau-, Silber-, u. e. Stänke, Wölfe, Luchse, Sportpelze 800, Gebpelze 1500, Palzämäntel 2500. Keine 1. abardwaren.

# Fünfzig Jahre Straßenbahn.

## Der Weg des Aufstiegs aus der Verfallzeit des Krieges.

Wenn heute das hastende, immer beschäftigte Berlin über die Unzulänglichkeit des Berliner Verkehrs schimpft, denkt es kaum daran, daß es erst fünfzig Jahre her sind, als man zuerst daran ging, so etwas wie eine moderne Verkehrseinrichtung zu schaffen. Heute vor fünfzig Jahren wurde die erste Berliner Straßenbahngesellschaft unter der langatmigen Firma „Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktiengesellschaft“ gegründet.

### Die erste Linie

Sie lief vom Rosenthaler Tor zur Badstraße und wurde am 8. Juli 1873 eröffnet. Mehr als viertausend Fahrgäste wurden an diesem Tage von der „Pferdebahn“ befördert. Die Leistungsfähigkeit der Pferde war bestimmend für die Länge der Linien, und der Berliner sang zu jener Zeit den spöttischen Vers:

„Et fährt sich so jemiellisch  
auf der Pferdebahn,  
daß eine Pferd, daß zieht nich,  
daß andere, daß is lohm!“

Der ersten Linie folgten alsbald weitere. Die meisten von ihnen endeten im Stadtkern. Berlin aber reichte und dehnte sich. Bald genügte die vorhandenen Verkehrsmittel nicht mehr den Anforderungen der jungen Weltstadt: Neue Verkehrsunternehmungen taten sich auf. Die Notwendigkeit, die sie schuf, bot glänzende Profitmöglichkeiten. Am 5. August 1876 wurde die „Neue Pferdebahngesellschaft“ gegründet, die Siemensbahn, die Westliche Berliner Vorortbahn, die Berlin-Charlottenburger Straßenbahnen, die Südliche Berliner Vorortbahn und andere folgten. Der empfindlichste Schlag für die „Große Berliner“ aber war die Eröffnung der Berliner Stadt- und Ringbahn im Jahre 1882. Die „Große Berliner“ ist, auch dann noch, als später die Inbetriebnahme der „Hoch- und Untergrundbahn“ erfolgte, Herrin der Lage geblieben: die meisten Konkurrenzgesellschaften vereinigen sich mit ihr. Bis zum Jahre 1910 waren die Aktien der meisten Straßenbahngesellschaften ganz oder teilweise in ihrem Besitz. Die Zahl der Fahrgäste stieg entsprechend dem Wachstum der Riesenstadt dauernd. Während im Jahre 1875 über 15 Millionen Fahrgäste befördert wurden, brachte das Jahr 1918 eine Personenziffer von 1057 Millionen Fahrgästen. Diese Entwicklung wurde vor allem durch den Zehnpendnizität und

### Die Einführung des elektrischen Betriebes

begünstigt. Berlin wehrte sich zunächst sehr energisch gegen die Anlage der Oberleitungen, die dem Stadtbild nicht zur Zierde gereichen. Die Technik versuchte durch den Einbau von Akkumulatoren an die Motorwagen dem Schönheitssinn der Berliner entgegenzukommen. Allein die häufigen Unfälle und lästigen Störungen beeinträchtigten die Lebensfähigkeit dieser Betriebsart, und ehe noch der letzte „Hafermotor“ aus dem Straßenbahnbetrieb verschwunden war, war auch der Akkumulatorenbetrieb erledigt und Berlins Verkehrsstraßen sind heute mit vielen tausend Kilometern Leitungsdraht überspannt. Ueberhaupt wurde die „Große Berliner“ von der Stadt nicht besonders freundlich betrachtet. Während bei der Einführung des elektrischen Betriebes die meisten Vorortgemeinden der Straßenbahngesellschaft die Zustimmung zur Benutzung der Straßen auf lange Zeiträume (die Zustimmungsdauer schwankte hier von 1937 bis 1960) gaben, erteilte Berlin seine Zustimmung nur bis zum 31. Dezember 1919. Im Gegensatz hierzu gelang es der Gesellschaft, die staatliche Genehmigung bis zum 31. Dezember 1949 zu erhalten. Daraus entstand

### ein Konflikt mit Berlin.

das die Ansicht vertrat, daß durch diese staatliche Genehmigung eine Vertragsbestimmung vereitelt sei, nach der der Bahnkörper innerhalb Berlins im Jahre 1920 an die Stadt fallen sollte. Aus diesem Streit heraus entstanden mehrere Prozesse. Die Stadt verweigerte der Gesellschaft die Zustimmung zur Erweiterung ihres Bahnnetzes, ging alsbald zur Schaffung eigener Linien über und mußte das Recht, den Bahnkörper der „Großen Berliner“ für ihren eigenen Betrieb benutzen zu können, durch richterliche Entscheidung erkämpfen. Erst im Jahre 1911 wurde der Konflikt zwischen der Stadt und

der Gesellschaft beigelegt. Während des Krieges wurde das Wagenmaterial und der Bahnkörper arg vernachlässigt. Für die Instandhaltung des Betriebes geschah wenig, für die Verbesserung nichts.

### Die Bahn im Stadtbefiz.

Nach dem Zusammenschluß der Groß-Berliner Gemeinden ging das Unternehmen in den Besitz der Stadt Berlin über. Am 1. Oktober 1920 hatte das Gesamtvermögen der ehemaligen „Großen Berliner“ einschließlich der Vorortbahnen eine Länge von 1250 Kilometern, 2580 Motorwagen und 1800 Anhängewagen; Güterwagen standen neben einer größeren Zahl von Lokomotiven zur Verfügung. Aber infolge der Verwahrlosung des Unternehmens hätten 300 bis 400 Millionen Mark aufgewendet werden müssen. Die Mittel für den Neuaufbau mußten aus dem Unternehmen selbst herausgewirtschaftet werden. Alle Straßenbahnen Groß-Berlins wurden bei der Bildung der neuen Einheitsgemeinde zu einem Unternehmen verschmolzen. Dadurch wurde die Verwaltung wesentlich vereinfacht. Statt 9 wurden jetzt nur noch 2 Direktoren benötigt. Trotz mannigfacher Schwierigkeiten ist es der zähen Arbeit des neuen sozialistischen Magistrats gelungen, das Unternehmen, das nun der Allgemeinheit gehört, auf eine gesunde finanzielle Grundlage zu stellen. Auch technisch kommt die Berliner Straßenbahn wieder in die Höhe. Die Instandsetzung der Gleiskörper und der Oberleitung geht Hand in Hand mit der gründlichen Reparatur und Erneuerung des Wagenparks.

In schwerer Zeit hat Berlin diesen Betrieb übernommen, mit Hingabe und eisernem Fleiß ist hier aufbauende Arbeit geleistet worden. Das Unternehmen ist wieder lebensfähig. Diese Tatsache kann uns am Tage des fünfzigjährigen Bestehens dieses nunmehr kommunalisierten Betriebes mit Genugtuung erfüllen.

### Zur Wahl des Stadtverordnetenvorstehers.

#### Planen die Bürgerlichen eine Nachprobe?

Eine bürgerliche Zeitungskorrespondenz sucht Stimmung zu machen gegen den Anspruch der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, daß jetzt aus ihren Reihen der Posten des ersten Vorstehers besetzt wird. Angeblich sei man in allen nichtsozialistischen Fraktionen des neuen Stadtparlaments darüber einig, daß bei der Lösung dieser Frage dem Ausfall und der Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen Rechnung getragen werden müsse. Um so überraschter sei man auf bürgerlicher Seite, daß die sozialdemokratische Fraktion ihrerseits einen Kandidaten für den Posten des Vorstehers, den Landtagsabgeordneten Franz Krüger, vorschlugen beschlossen und seinen Namen veröffentlicht habe, ohne sich vorher mit den zur Bildung einer Mehrheit erforderlichen bürgerlichen Fraktionen ins Benehmen gesetzt zu haben. Auch mit den Unabhängigen habe die sozialdemokratische Fraktion sich nicht in Verbindung gesetzt, und es sei daher verständlich, wenn die Fraktion der Unabhängigen gegen die Kandidatur Franz Krügers Stellung nehmen wolle. Daselbe dürfe für die Kommunisten gelten. Das Hauptbestreben der neuen Mehrheit müsse sein, der wenig erfreulichen Wirtschaft in der Leitung des Berliner Stadtparlaments ein Ende zu machen und geordnete Zustände zu schaffen, damit ein gedeihliches Arbeiten der Verwaltung ermöglicht wird. Das könne nur erreicht werden durch eine kommunalpolitisch und parlamentarisch erfahrene starke Persönlichkeit, die in der Führung der schwierigen Geschäfte vom Vertrauen einer möglichst breiten, von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialdemokraten reichenden Mehrheit getragen wird.

Wir wissen nicht, wieviel von diesem Geschwätz zutrifft. Die „Freiheit“ hat bereits erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion als stärkste mit Recht den Platz des ersten Vorstehers beansprucht, daß aber die Fraktion der Unabhängigen zur Frage der Vorsteherwahl noch gar nicht Stellung genommen hat. Existenznehmen wir an, daß auch die bürgerlichen Fraktionen den Anspruch der größten Fraktion

auf den Posten des ersten Vorstehers als berechtigt anerkennen werden. Dieser Grundsatz ist ja überall anerkannt worden, seitdem nach der Revolution das parlamentarische Regierungssystem eingeführt wurde. Wenn von ihm abgewichen wurde, so geschah das immer nur mit Zustimmung der in Betracht kommenden größten Fraktion. Die Veröffentlichung des Namens unseres Kandidaten vor Führungnahme mit anderen Fraktionen entspricht der Auffassung unserer Fraktion, daß sie sich ihren Kandidaten nicht von den anderen Fraktionen vorschreiben lassen kann und daß die Wahl nicht von dem guten Willen der anderen Fraktionen abhängen darf. Wir hören übrigens, daß der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wehl selber in stillem Eifer bemüht ist, Stimmung gegen unseren Genossen Krüger zu machen. Die Behauptung, daß Genosse Franz Krüger keine kommunalpolitische und parlamentarische Erfahrung habe, ist so einfältig, daß sie kaum erst der Wiederlegung bedarf. Krüger war in Königsberg i. Pr. Jahre hindurch Stadtverordneter.

Wenn die bürgerlichen Fraktionen wirklich unter Mißbrauch ihrer Mehrheitsgewalt den Anspruch der sozialdemokratischen Fraktion ablehnen sollten, so wird vermutlich unsere Fraktion keine Neigung haben, sich überhaupt an der Zusammensetzung des Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung zu beteiligen.

### Herr Kuhls vor Gericht.

#### Ungehörte Kampfesweise eines Vertreters der Hausbesitzer.

Eine Etappe in dem Kampfe der Hausbesitzer gegen die Höchstmietenverordnung bildete die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte Anklage gegen den Generalsekretär des Bundes der Grundbesitzervereine und Redakteur des „Grundbesitzers“ Karl Kuhls. Dieser war der Beleidigung des Leiters des Mietamts der Stadt Berlin, Magistratsassessors Bild und der üblen Nachrede im Sinne der §§ 185 und 186 beschuldigt.

Es handelt sich um einen Artikel, den der Angeklagte unter der Ueberschrift „Eine neue Rechtsbeugung“ in der Nr. 28 des „Grundbesitzers“ veröffentlicht hatte. In dem Beizug wurde in heftiger Weise gegen ein von Herrn Bild, als Dezernent des Zentralmietamts, an die Vorstehenden der Mieteinigungsämter erlassenes Rundschreiben vom 23. Juni d. J. polemisiert. In diesem Rundschreiben wurde allen Mieteinigungsämtern dringend empfohlen, im Interesse der Billigkeit und der Einheitslichkeit der Rechtsprechung alle Aprilverträge zunächst bis Oktober 1921 zu den alten Sätzen zu verlängern und erst vom Oktober 1921 ab die neuen Höchstgrenzen zur Anwendung zu bringen.

Der Angeklagte erklärte, daß er nicht die Absicht gehabt habe, den Magistratsassessor Bild, für den der Magistrat den Strafantrag gestellt habe, zu beleidigen, sondern daß es ihm nur auf das System der Einwirkung der Verwaltungsbehörden auf die Rechtsprechung angekommen sei, wodurch eine völlige Rechtsunsicherheit herbeigeführt werde. In dem Artikel wurde die Form dieses Rundschreibens als „heuchlerisch und machiavellistisch“ bezeichnet, als eine „Rechtsbeugung“ hingestellt, gesagt, daß „der scheinbare Mieterschutz in dem Schriftstück in geradezu widerwärtiger Form geheuchelt wird“ usw. Der Magistratsassessor Bild erklärte diese heuchlerischen Angriffe für abwegig. Es handle sich durchaus nicht um eine Beinsultung der Vorstehenden, sondern nur um die Schaffung einheitlicher Richtlinien. Der Oberpräsident habe sich auch ausdrücklich mit dem Rundschreiben einverstanden erklärt.

Der Staatsanwalt beantragte darauf 600 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger Rechtsanwalt Walter beantragte hingegen Freisprechung des Angeklagten. Das Schöffengericht war jedoch nicht der Ansicht, daß von einer „Rechtsbeugung“ die Rede sein könne, hielt die gewählten Ausdrücke für beleidigend, billigte dem Angeklagten, der selbst Hausbesitzer ist, den Schutz des § 193 an sich zu, hielt ihn jedoch für überschritten und verurteilte den Angeklagten zu 100 Mark Geldstrafe.

### Gemeingefährlicher Wohnungschächer.

Von einer Leserin erhalten wir folgende Zuschrift: In der letzten Mittwochmorgennummer des „Lokal-Anzeiger“ fand ich folgendes Wohnungsangebot: „Gerrichstraße 3-Zim.-Wohn. gibt ab 6... 11.“ Da ich mich schon seit 2 1/2 Jahren wegen meiner großen Familie um eine Dreizimmerwohnung bemüht habe, wobei die zuständige Wohnungsinspektion glänzend verlagert hat, veruchte ich, die angebotene Wohnung zu erlangen. Dabei erfuhr ich von der jetzigen Wohnungsinhaber, daß ich die Wohnung bekommen könnte, wenn ich 25 000 Mark Abstand zahlen würde. Diese Summe brauchten die Wohnungsinhaber zu einem in Aussicht

## Fräulein.

Von Paul Enderling.

Ingenieur Franzius lächelte. Es war genau die Familiengene, die er sich ausgemalt hatte.

Im übrigen schien er sich nur um die Kinder zu kümmern. Er sah Berners Zeugnisse durch und freute sich, daß er in den Sprachen „gut“ hatte. „Da ist euer Fräulein wohl die Hauptschuldige dran, wie?“

Berner prüfte Fräulein genau. Zum ersten Male vielleicht kam ihm der Gedanke, daß Fräulein Verdienste um ihn habe.

Als Ingenieur Franzius mit Berner Schwimmen gehen wollte, erklärte Berner, daß er es jetzt, wo ihn wieder die Schule beanspruchen werde, nicht tun könne.

„Ökonomie der Kraft!“ spottete sein Vater, und er ließ ihn.

Eva hing den ganzen Tag an ihm und erklärte ihm alles. Ihr Mund ging wie eine Woffermühle. „Der Ofen ist traurig und schwarz. Aber im Winter ist er fröhlich und lacht. Warum? Weil er dann Kohlen freisetzen darf.“ Um halb sechs, als die Zeiger der Uhr sich deckten, erklärte sie das Phänomen: „Die Zeiger spielen Verstecken.“

Sie schleppte die Bücher herbei, aus denen Fräulein ihr bisweilen vorlas. Keineses Fuchs war nicht aufzufinden. „Eva, du wirst es in den Garten geschleppt haben.“ „Nein, es ist spazieren gegangen.“ Der Fuchs war ihr Liebling. Er war so herrlich frisch und lustig; aber wehtun durfte er keinem seiner Opfer. Schnell mußte dann eine Fee kommen oder ein Fräulein und ein Pfälsterchen auf die Wunde legen und trösten.

„Hast du Fräulein lieb?“

„Ja.“

„Lieber als mich?“

Sie sah unglücklich von einem zum anderen, und endlich nahm sie beider Hände und vereinigte sie, strahlend über den diplomatischen Ausweg aus dem furchtbaren Dilemma.

Ingenieur Franzius überschüttete sie mit Süßigkeiten. Als er mit Fräulein allein war, sagte er: „Was ist eigentlich mit Thea?“

„Finden Sie sie verändert?“

„Ja. Sie sollte Henning nicht heiraten. Es endet nicht gut.“

„Ach, das weiß man vorher nicht.“

„Doch, man weiß es. Wenn man lange einsam gelebt hat, wie ich, weiß man gut, welche Menschen auseinander müssen und welche zusammengehören.“ Er neigte sich zu ihr, und es klang wie im Zusammenhang mit dem vorigen, als er sagte: „Mein Bruder läßt Sie herzlich grüßen.“

Fräulein neigte den Kopf. „Danke, wie geht es ihm?“

„Er macht sich das Leben unnütz schwer. Er will den Berg hinauf laufen. Und man kommt doch am schnellsten und sichersten empor, wenn man langsam steigt. Ist's nicht so?“

„Vielleicht stimmt das für alle, nur nicht für ihn.“ sagte Fräulein tapfer und sah ihm ins Gesicht.

Als Fräulein am nächsten Tage nach Danzig fuhr, begleitete sie Ingenieur Franzius. Er schloß einen Besuch bei der kolonialen Gesellschaft vor wegen eines Vortrags.

Auf dem Langen Markt vor dem Artushof spielte die Militärkapelle, und der Neptunbrunnen stäubte sein Wasser in den Sonnenschein.

Langsam gingen sie die breite Freitreppe zur Halle empor. Die goldenen Schwert der Feldherrn an der Fassade blinkten. Der ganze alte Prunkbau war verjüngt von der Sonne des scheidenden Sommers.

Drinnen war es still und kühl. Gedämpft klang die Musik und das Sprechen der vielen Menschen draußen herein. Das Sonnenlicht spielte um die alten riesigen Bilder, die die Wände deckten. Das Purpurrot eines Mantels flammte auf; weiße nackte Leiber schimmerten, warmen Lebens voll. Im Kronleuchter und in den Messingblättern versing sich das Licht und blühte zurück.

Fräulein hatte sich vorgenommen, mit Ingenieur Franzius über Lothar zu reden. Sie war fest entschlossen. Sie hatte es schon in der Bahn tun wollen. Aber Fremde hatten im letzten Augenblick im Abteil Platz genommen, und auf der Straße traf man fortwährend Bekannte, die einen anhielten. Wie konnte sie da von Lothar reden? Nun aber in der Stille mußte es gehen. Doch sie fand nicht das rechte Wort. Wie schwer ist doch die erste Stufe zu gehen, dachte sie.

Blühlich sagte Ingenieur Franzius, als habe er ihre Gedanken erraten: „Schreiben Sie an Lothar. Er wird glücklich sein.“

Sie sah abgewandt zu dem Orpheusbild empor. „Wird er?“ fragte sie zitternd.

Er nickte nur.

Die Musik klang herüber und das Lachen der Menschen.

„Ich sollte viel mit Ihnen von ihm sprechen.“ begann er endlich. „Aber ich bin drüben ein bißchen mundfaul geworden. Schreiben kann ich besser. Und dann — Sie werden sich das ja einander einmal selber sagen.“

„Wann?“ sagte Fräulein, und sie gewann es immer noch nicht über sich, ihn anzusehen.

„Fahren Sie hinüber zu ihm!“

„Nein.“ sagte Fräulein kopfschüttelnd. „Er schrieb mir, er habe eine Schlacht verloren. Da will ich ihm das Herz nicht noch schwerer machen.“

„Eine Schlacht verloren? Schreibt er so was? Warum sagt er nicht auf gut deutsch: „Ich bin beim Wettbewerb durchgefallen?“

„Ein Wettbewerb?“

„Ja. Um eine Kirche am Grünwald.“

„Warum haben sie ihm aber auch nicht den Preis gegeben?“ sagte Fräulein böse.

Ingenieur Franzius sah lachend in ihre blinkenden Augen.

„So ist es recht. Sie werden eine gute Kameradin sein.“

„Ja.“ sagte Fräulein, und sie hielt seinen Blick aus. „Denn ich habe ihn lieb.“

Er nahm ihre Hand und küßte sie. „Ich werde sehr stolz sein auf meine Schwägerin.“ sagte er. „Aber nun muß ich auch endlich wissen, wie Sie heißen.“

„Wie ich heiße?“

„Ja. Sie werden doch nicht bloß „Fräulein“ heißen?“

Fräulein lachte verwirrt. Es war neu und fast demütigend, daß man sie nach dem Namen fragte. So lange Jahre — waren es nicht Jahrzehnte gewesen? — war sie „Fräulein“ gerufen worden, war sie ein neutroles, namenloses Etwas gewesen. Blühlich war sie wer. Blühlich hatte sie wieder einen Namen. „Annemarie Tessmer.“

„Ich glaube gar, Sie haben sich erst befinden müssen.“ Er lachte.

„Es war wirklich so. Es ist ja schon so lange her —“

„Kommen Sie! Das müssen wir feiern. Unten im alten Kafee. Ich will es vor Lothar verantworten.“

„Ja, wir wollen fröhlich sein, fröhlich.“

Sie traten hinaus in den Sonnenschein. Die bunte Menge wogte durcheinander. Der Neptunbrunnen stäubte Diamanten in die Luft. Die Musik spielte. Der schlanke, schlante Rotsturm stach mit goldenem Finger in das Blau des Himmels.

(Fortf. folgt.)



# 50,000 M

an Preisen für die glücklichsten  
Löser der folgenden Preisaufgabe:

### Rätsel:

Mein Erst' gehört zu Krug und Maß,  
Mein Zweit' erhöht beim Witz den Spaß,  
Mein Ganzes ist ein köstlich Naß! -

Dieses Rätsel wurde mit

## Henkell Trocken

nach der Feststellung des geschäftsführenden Rechts-  
anwalts Rotor Dr. Ruffenberg in Frankfurt a. M.

von **149,983** Personen  
bedingungsgemäß gelöst.

Am nächsten der richtigen Zahl riet  
Herr Professor Adolf Schäfer, Karlsruhe mit „149 983“  
dem hiernach der erste Preis von **20000 M** zufließt.

Der richtigen Zahl am Zweitnächsten kamen  
Frau Amtsgerichtsrat Dr. Brenzke, Belgig mit „149 990“  
und Herr H. Sammersbach in Köln a. Rh. mit „149 976“  
zwischen die hiernach der zweite und dritte Preis von  
zusammen **15000 M** mit je **7500 M** geteilt wird.

Die 250 Trostpreise, bestehend aus je 1 Flasche  
Henkell Trocken wurden zuerkannt den Lösern der Zahlen  
„149 973“, „149 995“, „149 996“, „149 998“,  
8 Einsendern von „149 999“, sowie  
238 Einsendern von „150 000“, die  
aus 975 Einsendern dieser  
Zahl ausgelost  
wurden.

DNV

Für die von mir gewonnene Zahl 149983  
des Henkell Trocken Rätsels den ersten  
Preis mit M 20000 (zwanzigttausend)  
erhalten zu haben bescheinigt  
Karlsruhe, Professor Adolf Schäfer  
im Okt. 1921

Die Zahl 149990  
Rätsels die Hälfte des  
7500 (siebentausendfünf-  
zig) erhalten zu haben bescheinigt  
Belzig/Mark Frau Amtsrat  
im Okt. 1921 Dr. Brenzke

Die Zahl 149976  
als die Hälfte des  
7500 (siebentausendfünf-  
zig) erhalten zu haben bescheinigt  
Köln a. Rh. H. Sammersbach  
im Okt. 1921

Allen denen,  
die durch Beteiligung,  
vielfach auch durch witzige Verse und künstlerische  
Zeichnungen ihr Interesse an unserem Ausschreiben  
kundgaben, danken wir auf diesem Wege.

### Henkell & Co.

Bleich. Wiesbaden

Gegründet 1832

BERN  
HARD



**SOENNECKEN**  
EILFEDERN

Überall erhältlich  
F. SOENNECKEN  
BONN - BERLIN W, Taubenstr. 10/18

Pfandscheine  
**Brillanten, Gold Silber (Bruch) Platin Zahngebisse**  
Zahn 10 bis 150 Mark  
Prismen-Feldstecher  
Ankauf zum Auslandskurs  
Einwecheln von ausländischen Gold- und Silbermünzen  
Kurt Köhler, Berlin  
Lothringer Str. 34

„Eko“ zahlt denkbar höchste Preise für **Brillanten**  
Insbesondere für reine weiße Steine, sowie für Gold-, Platin-, Silbergegenstände, auch große Objekte kommen in Frage.  
„Eko“ hat die besten Auslandsbeziehungen! Hören Sie unbedingt unser Angebot!  
„Eko“ Juwelen-Einkaufsgesellschaft  
Jägerstraße 17, Ecke Friedrichstraße, neben Sillier

**Mineralwasser-Flaschen**  
Kronen-, Köp-, 1/2- und 1-Liter-Flaschen mit Kronen- oder Mündung-Verschluß sofort größere Mengen zu kaufen gesucht. Preislisten an Hartwig, Kaiserdamm 4, Berlin, erpöten. 3/6

## Einladung

zu der am

### Sonntag, den 26. November, vorm. 10 Uhr

im Bankgebäude zu Berlin, Behrenstraße 68/69, abzuhaltenden

## außerordentlichen Generalversammlung

Tagesordnung:

- Beschlußfassung über die Genehmigung des mit der Bank für Handel und Industrie am 30. 10. 21 abgeschlossenen Vertrages.
- Beschlußfassung über Erhöhung des Grundkapitals um nom. M. 100 000 000 — unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre. Festsetzung der Modalitäten der Begebung, insbesondere des Mindestkurses.
- Beschlußfassung über eine weitere Erhöhung des Grundkapitals um nom. M. 50 000 000 — unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre. Festsetzung der Modalitäten der Begebung, insbesondere des Mindestkurses.
- Aufnahme weiterer persönlich haftender Gesellschafter.
- Beschlußfassung über Aenderung des Gesellschaftsvertrages und zwar der §§ 2, 3, 6, 13, 14, 21, 25 Ziff. 4, 32, 42, 43, 48 und 51, sowie über Einfügung eines neuen Abschnittes nach § 43 über das Verhältnis zur Bank für Handel und Industrie.
- Aufsichtsratswahlen.

Zwecks Ausübung des Stimmrechts hat die Hinterlegung unserer Aktien bzw. die Hinterlegung der notariellen Depotscheine gemäß § 31 unseres Gesellschaftsvertrages bis zum **22. November 1921 einschließl.** bei uns und unseren Niederlassungen sowie

in Breslau: bei den Herren Eichhorn & Co., in Frankfurt a. M.: bei den Herren Effekten- und Wechsel-Bank, bei Herrn Jacob S. H. Stern, bei den Herren Gebr. Sulzbach, in Hamburg: bei den Herren L. Behrens & Söhne, bei den Herren M. M. Warburg & Co., in Köln: bei dem Bankhaus A. Levy, in Leipzig: bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Aktiengesellschaft, in Magdeburg: bei den Herren Dingel & Co., in München: bei der Bayerischen Vereinsbank zu erfolgen.

Berlin, den 4. November 1921.

### Nationalbank für Deutschland

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Goldschmidt, Hincke, Dr. Schacht, Dr. Strube, Wittenberg.

**Dringender Bedarf**  
**Kokoski** kauft wieder **Brillanten & Edelsteine** **Platina, Gold- und Silberbruch** sowie Gegenstände den höchsten Tageskurs  
Goldwarenvertrieb mit elektr. Betrieb  
Brunnenstraße 168  
Teleph. Humboldt 3490, Begr. 1909

**Brillanten, Juwelen**  
kauft auch ganze Nachlässe besonders große Posten gute Ware zum höchsten Kurs  
Amsterdamer Diamantenschleifer  
Gebr. 1892, 160 Friedrichstr. 160

**Kreuz-, Alaska-Silber-, Zobel-, Rotfische**  
Skunks-Garne Pelzfutter  
LDam u. H. v. 250 M. an Felle für Besatz am Op. 65, austr. O. 110, Seal El. 25 biber, 45 M. a  
**Hamsterfelle**  
I. Sportpelze, preisw.  
Pelzwarenhaus  
**A. Klab & Co.**  
Rosenhafer Str. 40/41 a. Hackeschen Markt

**Quecksilber** jedes Quantum  
kauft Metall-Kontor  
John, Alte Jakobstr. 138

SPD. 20. (45.) Abt.  
Nachruf.  
Am Mittwoch, den 2. d. Mts., verstarb unser Mitglied, Genosse **Fritz Gassner**  
Koloniestr. 21.  
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. Seine Leichenruhe!

**Asthma** mit Husten-entzündungen und starker Verschleimung findet wirksame Hilfe durch Reichels echte Asthmatrippen, berüht durch ihre Wirke. 30jähr. glänz. Erfolge. **M. 10.30.**  
**Otto Reichel,**  
Berl. 43.50, Eisenbahnstr. 4

Suche zur Selbstbewertung **Edelsteine** u. Edelmetalle zu höchst. Preisen  
**G. Schliephacke**  
Juwelier  
Friedrichstraße 210  
Ecke Kochstraße

**Bekanntmachung**  
Bei der Wahl der Beisitzer - Vertreter zum Ausschuss unserer Klasse am 24. Oktober 1921 sind insgesamt 47 476 Stimmen abgegeben worden. Davon waren 41 - Stimmen ungültig, so daß 47 434 gültige Stimmen gezählt worden sind. Davon entfielen auf Liste 1 41 804 Stimmen  
" 2 4 776  
" 3 854  
Hiernach erhält die  
Erst- Ersterwählter 21 980  
Zweit- Ersterwählter 20 854  
Dritte Ersterwählter 5 590  
Die Beisitzer - Vertreter der Klasse sind innerhalb vier Wochen vom Tage der Bekanntmachung an beim Stadtschreibersamt der Stadt Berlin, Rosastraße 65/67, einzutreten.  
Berlin, den 7. Nov. 1921  
Wärm. Ortsaufseher der Stadt Berlin  
R. Nürnberg, Vorsitzender  
A. Schmitz, Schriftführer

**Kapitän-Kautabak**  
Berlin, Lichterberger Straße 22 (Rögnigkstr. 3861)

einmal geprobt - immer geliebt. Feinster Geschmack: Gets frisch. Zu kaufen in den Zigarrengeschäften ufm. Neue Verkaufsstellen richtet ein: Generalvertrieb **C. Röder,** Berlin, Schreierstraße 4



**Ruban**  
Aus edelsten Orienttabaken  
**Zigaretten**

## Bank für Handel und Industrie

(Darmstädter Bank)

### Außerordentliche Generalversammlung

Wir beehren uns, unsere Aktionäre nach §§ 24 bis 27 der Satzung zu der am Sonntag, den 26. November d. J. nachm. 3 1/2 Uhr in unserem Bankgebäude zu Darmstadt, Rheinstr. 22, stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung mit folgender Tagesordnung einzuladen:

- Beschlußfassung über die Genehmigung des mit der Nationalbank für Deutschland, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, Berlin, am 30. Oktober d. J. abgeschlossenen Vertrages.
- Beschlußfassung über die Genehmigung der Erhöhung des Grundkapitals von M. 220 000 000.— auf M. 420 000 000.— durch Ausgabe von 130 000 auf den Inhaber lautenden, voll zu zahlenden Aktien über je M. 1000.— mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1922 und 70 000 auf den Inhaber lautenden, vorläufig mit 25% einzuzahlenden Aktien über je M. 10 000.— deren Dividendenberechtigung bis zur Vollzahlung ausgesetzt bleibt, unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre.
- Beschlußfassung über die Bedingungen für die Ausgabe der jungen Aktien.
- Abänderung der Satzung der Gesellschaft.
- Genehmigung der in Gemäßheit des Punkt 3 der Tagesordnung abgeänderten Satzung durch die Generalversammlung.
- Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.

Die Hinterlegung der Aktien bzw. des ordnungsmäßigen Hinterlegungscheines eines deutschen Notars, der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins in Gemäßheit des § 26 der Satzung hat spätestens am 22. November d. J. während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen, und zwar entweder bei der

**Bank für Handel und Industrie**  
Berlin und Darmstadt,  
den sämtlichen übrigen Niederlassungen unserer Bank oder in  
Cassel bei den Herren Florin & Sichel,  
Coblenz bei Herrn Leopold Seilmann,  
Dresden bei den Herren Albert Kuntze & Co.,  
Essen a. d. Ruhr bei Herrn Simon Hirschland,  
Frankfurt a. M. bei den Herren Otto Hirsch & Co.,  
Göttingen bei den Herren H. P. Klettwig & Reibstein,  
Glogau bei Herrn H. M. Flesbach's Wwe.,  
Grünberg i. Schl. bei Herrn H. M. Flesbach's Wwe.,  
München bei den Herren Merck, Finck & Co.,  
Stuttgart bei den Herren Stuber & Co.  
Berlin und Darmstadt, den 5. November 1921.

**Bank für Handel und Industrie**  
v. Simon, Andreas

**Wir verkaufen**  
trotz geringem Preissteigerung aus unseren Lagerbeständen  
**Spez. Kuchbaum-Möbel**  
jeder Art, aber auch Kompl. eid. Schlaf- und Speisestühle sowie weiße und farbige **Küchen** auf bequeme **Teilzahlung**  
Weinbergsweg 4  
**Grebler,**

Suche dringend **Altmetalle**  
Kupfer, Rotguss Messing, Zinn, Lagermetall usw. zu bekannt höchsten Tagespreisen.  
Alte Jakobstr. 90, Zentrum S17.

Geöffnet 9-1  
**Anf. Teilzahlung Anzüge**  
Cutaways, Ulster, Schöpfer, Raglans, Roben, mod. Soden, braune bisle. Platinid  
**Leiser Gottlieb**  
Nollendorferstr. 12 a II (Nähe Nollendorferplatz)  
sonntag 9-1

## Kleine Anzeigen

Jedes Wort 1 M., Das fettgedruckte Wort 2.00 M. (zuletzt und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pig. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt)

**Verkäufe**  
Ausgabe 250,—, Sofen  
45,—, Cutomane, Schraubenschlüssel, Ulster, Polster, Manilla, Federn, Kaffe, Reine Sombardware, Reihhaus Rosenhändler, Kistenstr. 30/4, Ecke Rosenhändlerstraße.

**Krenzfische 85,—**  
Wasserküchle, Silberfische, Stunche. Sämtliche Präparate Hälfte herabgesetzt. Sommerpreise. Reine Sombardware, Reihhaus Rosenhändler, Kistenstr. 30/4, Ecke Rosenhändlerstraße.

**Wägen, Schläpfer,**  
Ulster 125,—, Gummirollen 185,—, elegante Damenmüchel 150,—, Krenzfische 185,— usw.  
Preisermäßigung in beliebigen Mengen in allen Dänischen, Reine Sombardware, Reihhaus Rosenhändler, Kistenstr. 30/4, Ecke Rosenhändlerstraße.

**Krenzfische**  
180,—, Krenzfische, Wasserküchle, Silberfische, Seidene Gelegenheitspreise, Genossenschaftspreis, Ausgabe, Sofen, Ulster, Sombardware, Sommerpreise, (Reine Sombardware), Fahrvermittlung, Wand-uhren, Schloßhauer, Kistenstr. 115, (Ringsbahnstr. 30/4, Ecke Rosenhändlerstraße).

**Schöne Krenzfische,**  
Kistenstr. 115, 475, prachtvoller Silberfische 575, außerdem Wasserküchle, Wasserküchle, Wand-uhren, Kistenstr. 44 II, Ecke Kommandantenstraße.

**Baumfanten!**  
Krenzfische 90,— an, Krenzfische 70,—, Krenzfische, Wasserküchle, Sämtliche Präparate zu Schließenspreisen. Baumfanten, Kistenstr. 2, neben Sandhof.

**Wägen, Schläpfer,**  
Wanduhren, Kistenstr. 44 II, Ecke Kommandantenstraße.

Sofort nach Halle, S. gesucht:  
**Eisenbetonpolier**  
mit 4 bis 6 Mannen  
Mauer- und Puffelonne  
für dauernde Arbeit  
bei guter Bezahlung  
**Otto Grote, Baugeschäft**  
Halle a. S., Albrechtstr. 26

Per sofort gesucht:  
Tüchtige  
**Verkäufer**  
und  
**Verkäuferinnen**  
für  
Wirtschaftsartikel  
Smallwaren  
Eisen und  
Eisen-Kurzwaren  
Meldungen in der Zeit  
von 11-12 Uhr vormittags  
und 5-7 nachmittags  
**Kaufhaus des Westens G.m.b.H.**  
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

**Zeitungsfrauen**  
überall, 10-12 Uhr  
Z. Z.  
Petersburger Weg 4, Jannaustr. 21, Marthastr. 96, Eubener Str. 11, Wallstr. 9, Baumalstr. 42, Krenzstr. 174, Müllerstr. 14, Grefenbagenstr. 22, Bahnhofsstr. 7, Wilhelmshagenstr. 48, Neuföhne, Rederstr. 2 und Engelstr. 28-30

Für unsere neu eingerichteten Werkstätten suchen wir noch  
**ca. 30 tüchtige Schneider**  
auf Herrenulster  
Zuzug nach Hamburg ist für Konfektionschneider frei  
Reisevergütung nach 4wöchiger Tätigkeit  
**Rappolt & Söhne**  
Hamburg, Mönckebergstr. 11

Kritik an Hermes' Steuerpolitik.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstags-Sitzung steht das Gesetz über das Branntweinmonopol sowie die 11 Steuer...

Abg. Adler u. Braun (Dnat.) begründet die Interpellation. Wie will die Regierung den völligen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft verhindern?

Präsident Löbe teilt mit, daß die Interpellation im Lauf der Debatte vom Minister beantwortet werden wird.

Adolf Braun (Soz.)

Die Rede des Herrn Reichsfinanzministers hat wohl bei allen Parteien die äußerste Enttäuschung hervorgerufen, auch bei denjenigen Parteien, die von seiner Tätigkeit in dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft alles andere als befriedigt waren...

Wenn der Herr Reichsfinanzminister mit einer Handbewegung alle die Vorschläge abweist, die an das Reichsfinanzministerium gekommen sind, die später vielleicht einmal geprüft werden könnten...

gemacht worden, von denen wir leider der Überzeugung sein müssen, daß, wenn sie nicht von einer deutschen Regierung durchgeführt und zu ihrem Programm gemacht werden, sie uns von anderen, viel unangenehmeren als notwendig bezeichnet und durchgeführt werden.

Am 26. Oktober hat Herr Briand eine Rede gehalten, in der er sagt: Entweder Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands oder die Gewalt Frankreichs. Es wäre außerordentlich wichtig, wenn der Herr Reichsfinanzminister seinen Redeforts den Auftrag geben würde, sich doch um die Pläne zu kümmern, die andere mit unseren Finanzen haben, wenn sie auch außerhalb seines Horizonts liegen.

Ich meine, das sind sehr unangenehme und auch für mich sehr unerfreuliche Erklärungen von fremden Staatsmännern. Aber wir sind nicht dazu in das Parlament geschickt worden, daß wir sie übersehen können, daß wir die Politik des Vogel Strauß oder des ehrwürdigen Maulwurfs üben sollen...

Im Weihen Saale des Hotels Eplanaed scheint man diese Dinge gar nicht gekannt zu haben, als der Reichsverband der Deutschen Industrie über die Frage des Devisenabkommens...

Ich meine, das sind sehr unangenehme und auch für mich sehr unerfreuliche Erklärungen von fremden Staatsmännern. Aber wir sind nicht dazu in das Parlament geschickt worden, daß wir sie übersehen können, daß wir die Politik des Vogel Strauß oder des ehrwürdigen Maulwurfs üben sollen...

Ihr Egoismus ist ebenso kurzfristig wie Ihre Finanzpolitik während des Krieges gewesen ist, deren Folgen wir jetzt zu tragen haben.

Ich meine, die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu erklären bedeutet nur, die Zahlungsunfähigkeit der Ressorts zu erklären, die Herr Minister Hermes zu vertreten hat.

Zum 9. November!

Die Demonstrationen finden auf folgenden Plätzen statt:

- Weberwiese (Osten). Humboldthain (Norden). Willenbergplatz (Westen). Kaiser-Friedrich-Platz, Hasenheide (Neukölln, Tempelhof, Mariendorf, Mariensfeld). Ober Schöneweide, Marktplatz (Ober Schöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal). Köpenick, Marktplatz (Köpenick, Grünau, Friedrichshagen). Spandau, Neues Rathaus.

Um 2 Uhr nachmittags verlassen sämtliche Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörige die Betriebe und begeben sich in geschlossenen Zügen zu den oben angegebenen Plätzen, so daß der Anfang 3 1/2 Uhr erfolgen kann.

In 20 Minuten langer Ansprache werden die Redner der Parteien und Gewerkschaften die Bedeutung des Tages würdigen. Beginn und Ende der Ansprache wird durch Trompetensignal bekanntgegeben. Um 3.50 Uhr hat die Demonstration ihr Ende erreicht, worauf sich die Züge auflösen, oder geschlossen in ihre Wohnbezirke zurückmarschieren.

Betriebe und die von der Arbeiterschaft als lebenswichtig anerkannten Betriebe werden nicht stillgelegt. Die Nachschichtarbeiter begeben sich von der Demonstration aus wieder zur Arbeit.

Ordnung für die Züge haben die Betriebe selbst zu stellen und für Umbinden zu sorgen.

Die Ordnung auf den Plätzen übernehmen die Parteien.

- Referenten für den 9. November sind: Von der SPD.: Robert Bremer, Arthur Häußler, Karl Henschold, Kurt Heinig, Franz Krüger, Erich Ruttner, Hermann Lüdemann, Dr. Bohmann, Dr. Ostrowski, Dr. W. Jechlin. Von der UEPD.: Alfred Berger, Paul Brühl, Dr. Herk, Richard Ritter, Dr. Loewenstein, Dr. Moses, Otto Meier, Emil Kahl, Gerhard Seeger. Von der Gewerkschaft: Emil Barth, Karl Polenske, Wilh. Reimann, Karl Vollmerhaus, Otto Ziska.

Anmeldung des Konkurses gelangen. (Zustimmung bei den Soz.) Es ist besser, wir verwenden einen Teil der deutschen Industrie, um eben diese Schuld zu bezahlen, als daß die deutsche Industrie uns weggewonnen wird. Es ist die Aufgabe des Deutschen Reichstages, die fürchterliche Gefahr, das schwere Elend, das uns bedroht, abzuwehren.

Der Kurs des Dollars von 200 ist eine Erscheinung, die von ganz und gar unabhsehbaren Folgen für unsere ganze deutsche Volkswirtschaft ist, und es gehört zu den überaus bedauerlichen Taten in der Rede des Herrn Reichsfinanzministers, daß er auf diese Probleme gar nicht eingegangen ist.

Schreden unter allen Spekulanten hervorgerufen hätte. (Abg. Dr. Helfferich: Woher nehmen und nicht stehlen!) Wir haben jedenfalls mehr als 100 Millionen Dollar, und es würde vollständig genügen, um die Spekulation in Schranken zu halten und um den Mangel an lieferungsmöglichen Dollars auszugleichen, wenn die Reichsbank kräftig intervenieren und dafür sorgen würde, daß diese wilde Wert des Dollaraufes durch die Angst ersetzt würde, ungeheure Verluste bei der Dollar-Spekulation zu haben.

Die deutsche Industrie ist zwar vorläufig glücklicherweise noch für einige Monate mit Rohstoffen versehen; aber wenn diese Rohstoffe einmal verbraucht sein werden, dann wird dieser Dollarkurs eine solche Verengung der Kaufmöglichkeit Deutschlands herbeiführen, daß wir fürchten müssen, daß wir nicht mehr die Rohstoffe erhalten können, die zur Weiterbeschäftigung der deutschen Industrie unbedingt notwendig sind.

aus Ihrer Kehle (nach rechts), sondern der kommt aus Ihren Banknoten.

Wir müssen im Interesse aller Klassen der Gesellschaft, auch im Interesse der Schwerindustrie und der Landwirtschaft, aber vor allem im Interesse der Arbeiterklasse

zur Stabilisierung unseres Geldwertes kommen. Wir müssen uns nicht nur über die katastrophalen Folgen klar sein, die der Zusammenbruch der Mark bedeutet, sondern wir müssen uns auch klar sein, daß von der Staatsgewalt längst hätte manches geschehen sollen. Wir haben viel zu viel an Einwirkung auf den Geldmarkt aufgegeben und haben die Gelegenheiten, das Fallen des Marktes zum Stillstand zu bringen, leider nicht benützt.

Abg. Herold (Z.): Wir müssen versuchen, durch die neuen Steuern die Schuld des Reiches zu tilgen; sonst sinkt der Wert der Mark weiter. Beim Umsatzsteuergesetz müssen Doppelbesteuerungen vermieden werden. Die Luxussteuer muß vereinfacht werden.

Abg. Boehm (Bayr. Sp.): Zeit zu gewinnen, hat für uns keinen Zweck. Auf die Dauer können wir doch nicht erfüllen. Gegen die Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft und gegen die maßlose Börsenspekulation müssen energische Maßnahmen ergriffen werden.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.): Die Reparationsverpflichtungen führen unsere Finanzen in den Abgrund. Schon belaufen sich die Reparationslasten auf 225 Milliarden Papiermark. Wie soll das jemals herausgeholt werden.

Kommission für die Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzusetzen, wie sie der Friedensvertrag vorsieht. Ohne die Beseitigung der unmöglichen Bestimmungen des Friedensvertrages, insbesondere über Oberschießen, gibt es keine Ordnung in der Weltwirtschaft.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Die Reichsregierung war sich bei der Annahme des Ultimatus ihrer Verantwortung voll bewußt und hat niemals behauptet, daß wir alles erfüllen könnten, sondern nur, daß wir das Menschennögliche zur Erfüllung tun müßten. Wäre das Ultimatum damals abgelehnt, so ständen wir jetzt nicht nur vor einem finanziellen, sondern auch vor einem industriellen Zusammenbruch.

Diese Devisen müssen schärfer ersetzt werden. Die Erfassung von Devisen würde erleichtert, wenn man an die Sachwerte herankommt. Es fragt sich, ob wir nicht an die ausländischen Regierungen herantreten sollen mit dem Verlangen, uns nachzuweisen, welche großen Vorkonten Deutsche im Ausland niedergelegt haben.

zung des Wiesbadener Abkommens wird es ankommen. Weiter ist eine ausländische Anleihe in Betracht zu ziehen. Auf dieser Grundlage sind schon Verhandlungen mit der Industrie eingeleitet. Leider hat der Reichsverband der Industrie auf seiner letzten Tagung die Ruhbarmachung der industriellen Kredite von politischen Voraussetzungen abhängig gemacht. Dabei liegt doch eine Gefährdung nicht nur im Interesse der Regierung, sondern ebenso im Interesse der Industrie.

Der Staat kann die Lösung des Problems nur mit Hilfe derjenigen herbeiführen, die den Besitz in Händen haben, und die scharfe Ablehnung auf jener Seite ist unverständlich. Wir brauchen die Hilfe der Industrie zu einer Reform unserer Finanzlage und müssen an die Rückwirkung des ungünstigen Dollarkurses auf den inländischen Geldmarkt denken. Eine weitere Preissteigerung würde schwere politische Folgen haben. Ich appelliere an Industrie und Handel, die notwendigen Maßnahmen nicht hinter Drohungen zu verstecken, sondern frei und ehrlich einzutreten für die Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und die Gefährdung unseres Volkes. (Gehefter Beifall.)

Hg. Dr. Helfferich (Dnat.): An die Stelle des Reichsfinanzministers gehört ein ganzer Mann. (Zuruf: Helfferich!) Hermes hat eine viel zu rofige Darstellung der Finanzlage gegeben. Die Geldentwertung muß zum Stillstand kommen, sonst gibt es keine Rettung. Da hilft kein auch noch so scharfes Anzeichen der Steuer-schraube. Niemals ist ein Volk schamloser ausgebeutet worden als Deutschland durch die Besatzungskassen. Nur wenn wir uns von dem Wahnsinn von Versailles befreien, wird unser Volk wieder gesund. Die Vermögenssteuer darf nur eine reine Ergänzungssteuer sein. Durchschnittlich beträgt der Gewinn in der Landwirtschaft und Industrie nicht mehr als 2 Proz. (Lachen links.) Mit dem Schlagwort von den Goldwerten will man nur die deutschen Sachwerte an die Entente ausliefern. (1) Die Regierung muß heute und morgen schon erklären, daß sie nicht weiter erfüllen

kann. Die Regierung sollte den Mut haben, der Entente unsere Lage darzulegen und gegebenenfalls in Ehren unterzugehen.

Personlich bemerkt Hg. Braun-Franken (Soz.): Herrn Helfferichs Wortwahl, ich hätte unsere Industrie den Franzosen demunziert, ist überaus töricht, denn Frankreich, das 60 Millionen für Spionage ausgibt, weiß in unserer Wirtschaft ebensogut Bescheid wie wir. Wegen Minister Hermes liegt mir jede persönliche Animosität fern, ich habe nur nachgewiesen, daß das Reichsfinanzministerium unmöglich vom Ernährungsminister nebenamtlich verwaltet werden kann.

Das Haus vertagt sich. Ein kommunistischer Antrag, einen dringlichen Antrag der Kommunisten zur Geldentwertung auf die Tagesordnung zu setzen, wird gegen die Kommunisten abgelehnt.

Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Interpellation der U. Soz. gegen die Dr. Ges. Fortsetzung der heutigen Beratung, Interpellation Müller-Franken (Soz.) über die Deutschen Werke, Anträge. — Schluß gegen 7 Uhr.

## Aus aller Welt.

### Der Sturm.

Der seit Sonntag in Frankfurt a. M. herrschende orkanartige Sturm hat an Dächern und Fensterläden zahlreiche Schäden verursacht. Die Feuerwehr mußte eingreifen, um umgestürzte Bäume, die Verkehrsbehinderungen bildeten, beseitigt zu schaffen. Die Telefon- und Telegraphenleitungen sind größtenteils gestört.

Ein seit Sonntag mittag milderer orkanartiger Sturm verursachte in Köln völlige Unterbrechung der Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen nach allen Richtungen. Das Unwetter störte auch den Eisenbahnverkehr in empfindlicher Weise. Infolge der Beschädigung vieler Eisenbahnsignale mußten die Züge sehr vorsichtig fahren; teilweise blieben sie auf offener Strecke stehen.

Der Sachschaden in der Stadt und in der Umgebung ist gar nicht zu übersehen. Der Verkehr auf den Straßen war wegen der herabstürzenden Dachbedeckungen ufm. gefährdet.

In den frühen Morgenstunden des Montag herrschte in Hannover heftiges Schneegestöber bei starkem Winde, aber mäßiger Temperatur. In den Fernsprecheinrichtungen sind Störungen aufgetreten.

In Sturm und Schneetreiben lenierte am Sonntag vor der Hafeneinfahrt in Helsingfors der Dampfer Kustawi aus Abo. Er hatte insgesamt 30 Personen an Bord, von denen nur zwei noch lebend an die Küste gespült und gerettet wurden. Die übrigen 28 sind ertrunken.

In Dresden herrscht bei orkanartigem Sturm Schneetreiben. Zahlreiche Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen sind gestört. In Reichen ist die Stromversorgung unterbrochen, so daß Stadt und Landbezirk seit Sonnabend größtenteils ohne Licht sind. In Weinböhla wurde heute morgen ein Eisenbahnbeamter durch den Sturm gegen einen vorüberfahrenden Zug geschleudert und getötet. — Nach orkanartigem Sturm und Regengüssen hat in vergangener Nacht im Riesengebirge heftiger Schneefall eingekehrt. In Oberbrünnberg bei der Kirche Wang liegt der Schnee bis einen halben Meter hoch. Auf dem Kamm sind Schneewehen bis zu einem Meter anzutreffen. Der Schnee liegt bis 600 Meter herab. — Furchtbarer Sturm, der von Hochwasser begleitet war, ist in der vergangenen Nacht über die Kieler Förde hinweggebraust. Sowohl in Kiel als auch in den Fördeorten ist erheblicher Schaden verursacht worden. Zahlreiche an der Wasserlinie gelegene Straßen sind überflutet, Keller unter Wasser gesetzt, Hafendrücken beschädigt, Boote losgerissen und zum Teil zum Sinken gebracht. Von der Kieler Förde wird gemeldet, daß eine Anzahl Fischerboote mit Geräten gesunken sind. Einige Dampfer sind im westlichen Teil der Ostsee gestrandet. Nähere Nachrichten liegen darüber noch nicht vor.

**Theater, Lustspiele usw.**

**Opernhaus**  
Der Freischütz  
7 1/2 Uhr

**Schauspielhaus**  
Die geleseelte Phantasie  
7 1/4 Uhr

**Deutsch. Theater**  
7 1/2 Uhr  
2. Letzten Male! Kein Mittw. 7 1/2 Uhr: Louis Ferdinand, Prinz von Preußen

**Kammerspiele**  
5: Der Hühnerhof  
Mw. 2: Der Hühnerhof

**Gr. Schauspielh.**  
(Kariatsche)  
7: Götz von Berlichingen  
Mittw. 7 Uhr: Götz von Berlichingen

**Theater i. d. Königgrätzer Str.**  
Täglich 7.30 Uhr:  
**Manon Lescaut**  
(Orska, Janssen, Riemann, Bied, Brandt, Picha, Rehkopf, v. Twardowski, Appelt, Klupp)

**Komödienhaus**  
7 1/2 Uhr: Die Fahrt ins Blaue  
(Gibner, Richard, Engl, Fröckl, Stleda)

**Berliner Theater**  
Täglich 7.30 Uhr:  
**Prinzessin Olala**  
Fritzi Massary u. G. Ralph Arthur Roberts, Pepi Zampa, Hb. Kiper

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: D. Detektivmädels  
Deutsches Opernhaus  
7 1/4 Uhr: Figaros Hochzeit  
Friedr. Wilhelmstadt. Th.  
8 Uhr: American Girl  
Intimes Theater  
8 Uhr: Die Spielcke / Lauf doch nicht immer nach herum  
Kleines Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Kiki (Lustsp.)  
Lustspielhaus  
7 1/2 Uhr: Peter Braner  
Metropol-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Straßensängerin  
Neues Operntheater  
8 Uhr: Königin d. Nacht  
Neues Theater am Zoo  
7 1/2 Uhr: Das Ewig-Männliche  
Neues Volkstheater  
7 1/2 Uhr: Die Wildente  
Schiller-Th. Charlottenb.  
8 Uhr: Stützen d. Gesellschaft  
Schloßpark-Th. Steglitz  
7 1/2 Uhr: Das Konzert  
Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: Scham! Dich, Lotte  
Theat. a. Hellendorferplatz  
5 1/2 Uhr: Schneeweiß u. Boscorot  
U.: Die Ehe im Kreise  
Theater des Westens  
7 1/2 Uhr: Braut d. Lucullus  
Ml. 4: Händel und Gretel  
Th. d. Kommandantenstr.  
(Jdd. Künstler-Theater)  
7 1/2 Uhr: Dyrnak  
Wallner-Theater  
7 1/2 Uhr: Nixchen  
Volkoper. Wallhalla-Th.  
8 Uhr: Glocken v. Corneville

**Residenz Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Der König in Paris**  
GigaLimberg, Kaiser-Titz, Elee Wass.

**Theater Folies Caprice**  
Linienstr. 132, am Oranienb. Tor  
Heute, Dienstag, den 8. Novbr., 8 Uhr:  
**Uraufführung:**  
**Das Liebeshotel - Insolvent**  
**Die Dame im Bett**  
Folgende Preisermäßigung nur für die Leser des „Vorwärts“: Ausschneiden! Loge statt 30 Mk., Orch.-Park. statt 20 Mk., Park. 15 Mk., 2. Park. statt 10 Mk., 3. Park. 7,50 Mk. Giltig d. 30. Nov. Sonntag 3 Mk. Aufschl.

**Theater am Kurfürstendamm**  
Allabendl. 8 Uhr  
**Ingeborg**  
Eckersberg, Sandrock, Goetz, Günther, Walter

**Tribüne** - 7 1/2 Uhr:  
**Die fremde Frau**  
(La femme X...)  
mit Rosa Valenti

**Größenwahn**  
Leitung: Rosa Valenti  
Allabendl. 8 1/2 Uhr

**Apollo-Theater**  
Dir. Jam. Klein  
Die Sensation  
Berlins  
**Frau Luna**  
Große Ausstattung.  
Operette von Paul Lincke  
mit dem

**Grigolatis-Luft-Ballett**  
Oskar Sabo u. G. Else Berna  
Martin Keitner  
Fritz Area  
Fritz Steidl  
**50 Damen-Ballett!**  
Vorverkauf ununterbrochen

**Casino-Theater**  
Ludwigstr. 37 Tägl. 7 1/2 Uhr.  
Genl. neues Programm.  
Der Schlager der Solozit.  
**Der Weg z. Glück**  
Volkstheater in 4 Aufzügen  
Volkstümliche Preise!  
Sonnt. 3 1/2; Pantoffelheld

**BTL**  
Potsdamer Str. 38  
Turmstr. 12  
Die Geschichte d. grauen Hauses  
Schauspiel mit  
**Alfred Abel**  
Edith Meiler  
Dazu:  
**Stuart Webbs**  
im Detektivfilm  
**Der Rattenloch**

**Hagenbeck**  
Potsdamer Straße (Kleinerpark) Tägl. 7 Uhr  
Raubtierdress. In höchst. Vollendung  
Artisten von Welt!  
Mittwoch 3 Uhr:  
Halbe Preise f. Kinder  
bei ungekürztem Abendprogramm

**Admirals-Palast**  
7 1/2 Uhr: Abrakadabra  
Musik. Kammeropere  
Bismarckstr. 110, a. Knie 80.  
Claire J. A. C. H. B. in  
Doktor + Waschbüche

**Wintergarten**  
Varieté - Spielplan  
Rauchen gestattet!

**Theat. a. Kottbus. Tor**  
Tel. 10077  
Tägl. 7 1/2 Uhr und  
Sonnt. nachm. 3 Uhr.  
**Gitte-Sänger**  
- 10 Szenen! -  
Wagt! Kommt!  
Rm. halbe Preise!  
Soth. 11-12, u. 4-6

**Reichshallen-Th. Stettiner**  
Sänger  
Abds. 7 1/2 u. 8 1/2 Uhr.  
Nchm. 10 Pr.  
Varieté-Doppel-  
heft-Brett!

**Geschlechtskranke!**  
Beliebte Broschüre über alle Geschlechtskrankheiten, wie Harnröhrenentzündung, Syphilis, Mannesschwäche, Weißfluß versendet kostenlos gegen 1 M. für Porto in geschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck  
**Dr. med. H. Seemann G. m. b. H.**  
Sommerfeld M 3 (Bez. Frankf., Od.)  
Spezialärztliche Leitung  
Leiden angeben, damit richtige Broschüre gesandt werden kann 137/7

**Zahnfabrik-Niederlage**  
H. Lamprecht, Berlin-Neukölln, Dönhofsstr. 17  
Hierbei direkt an Grüns Stoffe für Herren und Damen zu Fabrikpreisen. Hüften- und Polierstoffe  
Geschäftst. von 9-7 Uhr

**Stottern**  
Stammeln, Lispeln, Atemnot und Angstgefühl vorm Sprechen beseitigt gründlich  
Dr. Schraders Spezial-Institut  
Berlin W. Lützowstr. 30 (Spr. 4-7, aus. Sonnab. u. Sonnt.)  
Zähne von 8 M. an  
Teltzstr. 51, Gar. Kronen 18 M.  
Zähne m. Einspr. h. schmerzlos.  
Umarbeitung d. Geb. Rep. sof.  
Zahn-Arzt Dr. Wolf Potsd. St. 55, Hochb.-St. Spr. 9-7

**Ankauf**  
Gold-, Silber-Bruch  
Korallen, Uhren, Schmuckstücke aller Art, Edelstein, Bestecken  
Infolge der ungünstigen Marktlage haben sämtliche Edelmetalle die denkbar höchste Bewertung erreicht. Versäumen Sie nicht diesen günstigen Moment und verkaufen Sie  
**jetzt**  
Ihren Gold-, Silber-, Platinbruch u. Gegenstände - Meine handelergebrüchlich eingetragene Firma bürgt Ihnen für absolute  
**Reellität**  
Ankauf zu Engros-Preisen  
Brillianten zum Ankauf  
Edelmetallgroßhandlung  
**Heinrich Trapp**  
handelergebrüchlich eingetragene Firma  
**Beuthstrasse 10**  
(Laden) am Spittelmarkt  
Telephon: Zentrum 1878

**Das Hohe Cder Hausfrau**

**Platin**  
Gold-, Silberbruch  
Zahngelisse  
(pro Zahn M. 10.-)  
kauft z. reell. Tagespreis

**Lemberg**  
Neukölln, Bergstr. 140  
Eingang Goethestr.  
im Laden: tägl. v. 9-7  
Fahrgeld wird vergütet ohne Abzug!

**Metalankaufsstelle**  
Osten  
Grüner Weg 80  
zahl. Tagespreise für  
**Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

**Wäsche-Hof**  
im Leipziger Marktplatz 55a  
verkauft laufend billig  
Bemden, Bettdecken, Bett-  
bezüge, grobe Teppiche,  
Rüchler-Beize, Sägen u.  
Diamantdrähte, Dampfen-  
Rur, Gelatinalinien,  
Reine Bombardiere.

**Cobu**  
Cocos Pflanzenindustrie MARIENBURG

**Bergisch-Märkische Margarine-Werke**  
**F. A. J. Süsserstedt A. G.**  
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Generalvertretung: Franz Jos. Gfrörer  
BERLIN W 50, Ansbacher Str. 55 • Fernspr.: Steilplatz 4948 u. 12144

**Allen vora**  
beim Einkauf von  
**Brillanten**  
Platin-, Gold-  
und Silber-  
Brush  
Uhren, Zahngelissen  
Ketten

Die führende Firma  
**Juwelier H. Wiese**  
Artilleriestraße 30  
Telephon Nord. 1030  
5 Minuten v. Bahnhof  
Friedrichstraße.

Die Frau und das unerachttliche Vertrauen, mit denen immer wieder das alte Publikum zu meiner Firma hält, ist der sicherste Beweis für die strenge Realität meines Unternehmens. Ich halte auch weiterhin trotz aller Anforderungen den guten Ruf meiner Firma hoch.

**Henko**  
Henkel's Wasch-  
Bleich-Soda  
unverändert für Wäsche und Hausruch  
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

**Trauring**  
Dukat.-Gold, 900 gelb.  
schen für 120,- Mark  
und fugenlos nur bei uns erhältlich  
550-560 gew. v. 50 M. gelbweiss  
bis zu den feinsten Ausführungen.  
Jede Größe am Lager. Namen un-  
verändert u. Menge gleich mitzunehm.

Wir führen keine Uhren und Gold-  
waren, und sind folglich einzig ausnehmend als  
**Deutschlands Spezialhaus f. Trauringe**  
G. Aib. Thal, C 18, Seydelstr. 5.  
Eigene Fabrik. Verkauf direkt an Private. Versand  
nach auswärts. Katalog gratis!  
Garantierschein für gew. u. Goldinhalt.